

- **Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels.** Prognose für 2025 bis 2027
- **Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich.** Aktualisierung 2026
- **Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025
- **Schutzwälder in Österreich.** Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •

Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2026

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2026 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



99. Jahrgang, Heft 1/2026

3-15 ■ Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

Die österreichische Wirtschaft dürfte im Jahr 2025 um ½% gewachsen sein. Die in der zweiten Jahreshälfte beobachtete Konjunkturerholung wird sich im Prognosezeitraum verstetigen. In der Folge dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2026 und 2027 um jeweils über 1% zulegen. Die Inflation sinkt von 3½% im Jahr 2025 auf jeweils rund 2½% in den Jahren 2026 und 2027. Die Arbeitslosenquote verringert sich kontinuierlich bis auf 7%.

Austria's Economy Sees Light at the End of the Tunnel. Economic Outlook for 2025 to 2027

16 ■ Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar

17-26 ■ Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026

Marcus Scheiblecker

Der jährlich erscheinende Beitrag vergleicht die Entwicklung des Industrieproduktionsindex in Österreich, Deutschland, der Schweiz und Dänemark seit 2013. Während die Industrieproduktion Deutschlands in diesem Zeitraum deutlich zurückging, stieg sie in Österreich weiter an, blieb jedoch hinter der Dynamik in Dänemark und der Schweiz zurück. Bereinigt man allerdings um die pharmazeutische Industrie, so verschwindet der Vorsprung Dänemarks und der Schweiz. Auch in der energieintensiv produzierenden Industrie zeigt sich kein Rückstand Österreichs gegenüber den Vergleichsländern. Allerdings hinkte die Produktivitätsentwicklung hierzulande hinterher. Die Profitabilität entwickelte sich sogar schwächer als in Deutschland.

Austrian Industrial Production in a Country Comparison. Update 2026

27-35 ■ Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Laut den Ergebnissen der WIFO-Investitionsbefragung ging die heimische Investitionsnachfrage im Jahr 2025 abermals zurück. Das Branchenbild lässt auf eine breite Investitionsschwäche schließen. Lediglich Finanz- und Versicherungsdienstleister meldeten 2025 mehrheitlich Investitionszuwächse. Die Investitionsdynamik dürfte auch 2026 sehr verhalten bleiben, wobei sich eine allmähliche Bodenbildung abzeichnet, getragen vor allem von Sachgütererzeugern und Großunternehmen. Kleine und mittelgroße Unternehmen gehen dagegen mehrheitlich von weiteren Investitionskürzungen aus. Auch in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen plant die Mehrheit der Unternehmen, ihre Investitionen 2026 weiter einzuschränken. Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch technologische Entwicklungen getrieben. Am häufigsten dienen Investitionen dem Ersatz veralteter Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen eine untergeordnete Rolle.

Investment Plans for 2026 Indicate Gradual Bottoming Out. Results of the Autumn 2025 WIFO Investment Survey

37-46 ■ **Schutzwälder in Österreich.** Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

Hans Pitlik, Franz Sinabell (WIFO)

Wälder erfüllen in Österreich vielfältige Funktionen. Volkswirtschaftliche Betrachtungen berücksichtigen oft lediglich die Holzproduktion, während andere Nutzendimensionen außen vor bleiben. Eine wichtige Funktion der Wälder ist der Schutz vor Naturgefahren. So schützen 16% der österreichischen Waldfläche direkt Objekte wie Gebäude und technische Infrastruktur vor Lawinen, Steinschlag und flachgründigen Rutschungen. Aufgrund des mangelhaften Zustandes vieler Schutzwälder ist ihr Schutzz Potenzial jedoch begrenzt. Unter der Annahme einer hohen Schutzwirkung und basierend auf Berechnungen des Bundesforschungszentrums für Wald wurden die potenziell von Wäldern geschützten Teile des österreichischen Bundesgebietes identifiziert. Die Schätzung der Wertschöpfung stützt sich auf feingliedrige regionalökonomische Daten. Der unbefriedigende Zustand vieler Schutzwälder resultiert aus verbesserungsfähigen Anreizstrukturen in der Governance lokaler öffentlicher Güter, die ein Trittbrettfahrerverhalten fördern. Als ein Lösungsansatz, um die Qualität der Schutzwälder zu verbessern und deren potenzielle Schutzwirkung zu heben, wird eine Stärkung der lokalen Entscheidungsstrukturen vorgeschlagen.

Protective Forests in Austria. Economic Relevance and Options for Improving Governance

Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels

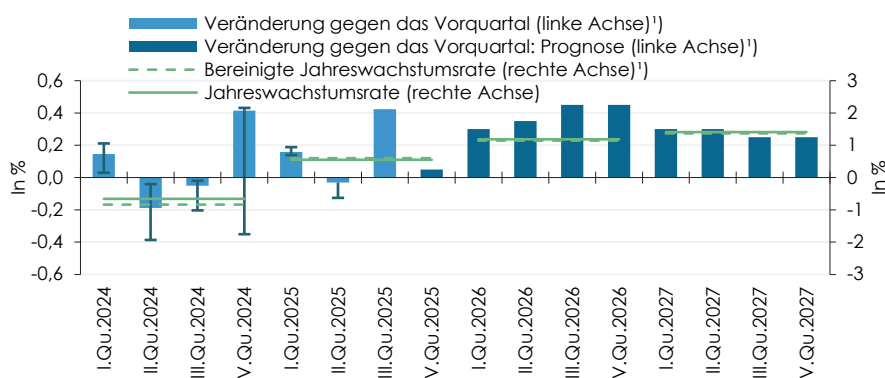
Prognose für 2025 bis 2027

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

- Die österreichische Wirtschaft dürfte im Jahr 2025 um etwa ½% gewachsen sein. Die in der zweiten Jahreshälfte beobachtete Konjunkturerholung wird sich verstetigen und das Bruttoinlandsprodukt sowohl 2026 als auch 2027 um etwas über 1% zulegen.
- Die Export- und Industriekonjunktur belebt sich, bleibt jedoch anfällig für Rückschläge.
- Die Inflation bleibt bis Ende 2025 hoch und beträgt im Durchschnitt 3½%. Anfang 2026 wird sie sprunghaft zurückgehen und im Jahresdurchschnitt knapp über 2½% liegen (2027: 2,4%).
- Infolge der hohen Inflation sanken die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2025 in realer Rechnung und dürften auch 2026 nicht steigen. Der private Konsum wird wegen der verhaltenen Einkommensentwicklung im Prognosezeitraum nur wenig Dynamik entfalten.
- Die Beschäftigung stagnierte 2025, wird aber in den Folgejahren wieder wachsen. Dies und der Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung lassen die Arbeitslosenquote bis 2027 auf 7% sinken.
- Das gesamtstaatliche Defizit betrug 2025 voraussichtlich 4,6% des BIP. Bis 2027 verringert es sich infolge der Budgetkonsolidierung auf 4%.

Konjunkturbild Österreich

BIP, real



"Österreichs Wirtschaft ist im 2. Halbjahr 2025 erstmals in diesem Jahr wieder gewachsen. 2026 dürfte sich die Konjunkturerholung verstetigen."

Das WIFO geht davon aus, dass ein Teil des jüngst von Statistik Austria ausgewiesenen BIP-Zuwachses im III. Quartal 2025 bei der nächsten Veröffentlichung der VGR ins IV. Quartal verschoben wird (Q: WIFO, – '1) Saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. Die Fehlerindikatoren zeigen die Bandbreite der bisherigen Revisionen der realisierten Werte).

Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels

Prognose für 2025 bis 2027

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027

Die österreichische Wirtschaft dürfte im Jahr 2025 um ½% gewachsen sein. Die in der zweiten Jahreshälfte beobachtete Konjunkturerholung wird sich im Prognosezeitraum verstetigen. In der Folge dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2026 und 2027 um jeweils über 1% zulegen. Die Inflation sinkt von 3½% im Jahr 2025 auf jeweils rund 2½% in den Jahren 2026 und 2027. Die Arbeitslosenquote verringert sich kontinuierlich bis auf 7%.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 16. 12. 2025

Kontakt: Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at), Stefan Schiman-Vukan (stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at)

Austria's Economy Sees Light at the End of the Tunnel. Economic Outlook for 2025 to 2027

The Austrian economy is expected to have grown by ½ percent in 2025. The economic recovery observed in the second half of the year will consolidate in the forecast period. As a result, gross domestic product is expected to grow by more than 1 percent in both 2026 and 2027. Inflation will fall from 3½ percent in 2025 to around 2½ percent in both 2026 and 2027. The unemployment rate will decline steadily to 7 percent.

1. Zusammenfassung

Konjunkturrell trat Österreich 2025 lange Zeit auf der Stelle, das Bruttoinlandsprodukt war im 1. Halbjahr weitgehend unverändert. Für das III. Quartal wies Statistik Austria einen deutlichen Zuwachs aus, welcher aber vor allem auf einen Lageraufbau zurückging. Modellschätzungen des WIFO deuten auf eine weitgehend flache Konjunktur bis ins III. Quartal 2025. Für das IV. Quartal ist hingegen eine Zunahme des BIP gegenüber dem Vorquartal zu erwarten. Dafür spricht insbesondere die kontinuierliche Verbesserung der Unternehmensstimmung im Jahresverlauf. Sowohl die Beurteilung der aktuellen Lage als auch die Erwartungen hellten sich laut WIFO-Konjunkturtest auf. Alles in allem dürfte Österreichs Wirtschaft im Jahr 2025 um ½% gewachsen sein.

Die in der zweiten Jahreshälfte 2025 beobachtete Konjunkturerholung wird sich im Prognosezeitraum verstetigen. Die Industrie dürfte den Tiefpunkt Ende 2025 durchschritten haben, sodass die Exporte und die industrielle Bruttowertschöpfung im Sog der Weltwirtschaft wieder zulegen. Dies stützt auch die Anlageinvestitionen. Die Bauwirtschaft wird hingegen erst langsam wieder in die Gänge kommen. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte im Prognosezeitraum

nur wenig Dynamik entfalten. Vor diesem Hintergrund wird die heimische Wirtschaft in den Jahren 2026 und 2027 um jeweils über 1% wachsen.

Die Beschäftigung wird ab 2026 wieder etwas stärker steigen und die Arbeitslosigkeit – unterstützt durch die demografische Entwicklung – sinken. Laut der aktuellen Prognose von Statistik Austria schrumpft die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab dem Jahr 2025 stetig. Dies wird allerdings durch die weiter steigende Erwerbsbeteiligung kompensiert, insbesondere wegen der schrittweisen Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen.

Die Inflationsrate kletterte im Sommer auf über 4% und dürfte bis zum Jahresende 2025 auf diesem Niveau geblieben sein. Im Durchschnitt des Jahres 2025 betrug der Verbraucherpreisauftrieb somit 3½%. Zu Jahresbeginn 2026 entfällt der Basiseffekt des Energiepreisanstieges vom Jänner 2025, wodurch die Inflationsrate um bis zu 1 Prozentpunkt sinkt. Der insgesamt höhere Preisauftrieb in der zweiten Jahreshälfte 2025 zieht sich aber auch ins Folgejahr, sodass die Inflation nur langsam abklingen wird. 2026 und

2027 liegt sie im jeweiligen Jahresdurchschnitt bei voraussichtlich rund 2½%.

Der Anstieg der Inflation dämpfte die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte. Preisbereinigt dürften die verfügbaren Einkommen im Jahr 2025 um fast 1% gesunken sein. 2026 bleiben die Lohnzuwächse

unter der Inflationsrate. Somit werden die Reallohne und -gehälter zurückgehen. Da die Beschäftigung 2026 wieder etwas stärker ausgeweitet wird als im Vorjahr, dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zunächst stagnieren und erst 2027 wieder mäßig zulegen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5,3	– 0,8	– 0,7	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,4
Herstellung von Waren	+ 8,3	– 3,3	– 5,6	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,8
Handel	+ 1,0	– 7,9	– 3,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,7
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 5,4	– 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9
Dauerhafte Konsumgüter ²⁾	– 4,5	– 5,5	– 0,2	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	– 0,3	– 1,3	– 4,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,1
Ausrüstungen ³⁾	+ 1,4	+ 1,7	– 2,8	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,9
Bauten	– 2,1	– 4,5	– 5,9	– 0,8	+ 0,2	+ 1,0
Exporte, real	+ 9,4	– 0,6	– 2,3	– 0,7	+ 1,2	+ 1,9
Warenexporte, fob	+ 5,6	– 0,9	– 4,5	– 1,7	+ 0,7	+ 1,7
Importe, real	+ 6,9	– 4,3	– 2,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,8
Warenimporte, fob	+ 3,2	– 7,0	– 5,3	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,8
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 10,6	+ 6,3	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5
Mrd. €	449,38	477,84	494,09	512,08	530,56	549,39
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	– 1,3	1,6	1,5	0,7	0,7	0,8
Verbraucherpreise	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,4
BIP-Deflator	+ 5,0	+ 7,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,1
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) in % des BIP	– 3,4	– 2,6	– 4,7	– 4,6	– 4,2	– 4,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)						
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,3	6,4	7,0	7,4	7,3	7,0
Realwert des BIP pro Kopf ⁵⁾	+ 1,1	– 1,4	– 0,6	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,1
Armutsgefährdungsquote ⁶⁾ in %	14,9	14,3	14,5	14,1	13,8	13,7
Einkommensquintilsverhältnis ⁷⁾ 8) Verhältniszahl	4,3	4,3	4,4	4,4	4,4	4,4
Treibhausgasemissionen ⁹⁾	– 5,8	– 6,6	– 2,6	+ 0,1	– 1,8	– 2,9
Mio. t CO ₂ -Äquivalent	73,52	68,70	66,94	66,99	65,77	63,87

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. –

²⁾ WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – ³⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – ⁶⁾ Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. – ⁷⁾ S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. – ⁸⁾ Eurostat-Definition; dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet. Ab 2024 Prognose basierend auf EUROMOD-Version J1.0+ und EU-SILC 2023. – ⁹⁾ 2024: Schätzung des Umweltbundesamtes, ab 2025: Prognose.

Die öffentlichen Haushalte stehen unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Das gesamtstaatliche Defizit betrug im Jahr 2025

voraussichtlich 4,6% der Wirtschaftsleistung und wird bis 2027 auf 4% sinken. Die Schuldenquote erreicht 2027 knapp 85% des BIP.

2. Internationale Konjunktur

2.1 Weltwirtschaft trotz US-Zöllen

Die Weltkonjunktur war bis zum Herbst 2025 aufwärtsgerichtet. Die globale Industrieproduktion expandierte und der weltweite Warenhandel tendierte trotz der Zollpolitik der USA nach oben. Letztere scheint bislang vor allem Handelsumlenkungen zu bewirken. So nahmen zwar die Importe der USA aus China im Vorjahresvergleich spürbar ab,

insgesamt legten die Exporte Chinas aber kräftig zu. Ein dämpfender Effekt der Zollanhebungen der USA auf die Weltwirtschaft hat sich bislang nicht manifestiert, auch weil sie gegenüber allen relevanten Handelspartnern geringer ausgefallen sind als ursprünglich angedroht. Die Auswirkungen der Zölle werden jedoch in den kommenden Monaten spürbar werden. Das WIFO geht in seiner

Die Weltkonjunktur war bis zum Herbst 2025 aufwärtsgerichtet. In den USA dürfte der "Shutdown" der Bundesverwaltung die Wirtschaftsleistung am Jahresende gedämpft haben.

Prognose davon aus, dass die derzeit geltenden Zollsätze bestehen bleiben.

In den USA wird die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung derzeit durch eine eingeschränkte Datenlage erschwert. Aufgrund des "Shutdown" der Bundesverwaltung infolge der Uneinigkeit der politischen Parteien in Bezug auf den Bundeshaushalt wurde die Erstellung amtlicher Statistiken größtenteils ausgesetzt. Die erste BIP-Schätzung für das III. Quartal ist für den 23. Dezember angekündigt. Die bislang vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte im III. Quartal weiter zugelegt haben und die Wirtschaftsleistung der USA merklich expandiert hat. Die Investitionen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Nutzung

künstlicher Intelligenz stiegen im Jahresverlauf 2025 ebenfalls stark. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich allerdings etwas eingetrübt. Die Verbraucherpreisinflation stieg seit dem Frühjahr 2025 um etwa ½ Prozentpunkt auf 3% im September. Dieser – angesichts der hohen Zollsteigerungen – schwache Anstieg dürfte zum Teil daran liegen, dass ausländische Unternehmen ihre Exportpreise zunächst gesenkt hatten, um ihren Absatz aufrechtzuerhalten. Auch die Gewinnmargen von Importeuren dürften einen Teil des Preisdrucks der Zollanhebungen abgefangen haben. Zumal die Inflation daher geringer ausfiel als befürchtet, reagierte die Zentralbank der USA im September auf die gestiegene Arbeitslosigkeit und senkte erstmals im Jahr 2025 ihren Leitzinssatz. Im Oktober und Dezember erfolgten weitere Senkungen.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

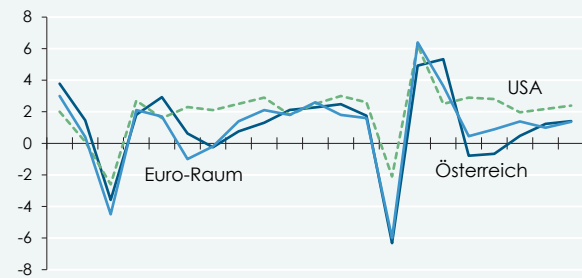
	Gewicht 2024 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2022	2023	2024	2025	2026	2027
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	67,0	14,2	+ 3,5	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,6
Euro-Raum	51,0	9,9	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,4
Deutschland	29,7	3,0	+ 1,8	– 0,9	– 0,5	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,1
Italien	6,1	1,8	+ 4,8	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9
Frankreich	3,6	2,2	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2
Spanien	1,7	1,4	+ 6,4	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,8
MOEL 5 ³⁾	15,1	2,1	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8
Polen	3,9	1,0	+ 5,3	+ 0,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,9
Ungarn	3,6	0,2	+ 4,2	– 0,8	+ 0,6	+ 0,3	+ 2,0	+ 2,8
Tschechien	3,5	0,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,6
USA	8,5	14,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,4
Schweiz	5,1	0,4	+ 3,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,6
Vereinigtes Königreich	2,6	2,2	+ 5,1	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,3
China	2,8	19,3	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,8	+ 4,5	+ 4,4
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,9
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 2,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,5
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 5,7	– 3,2	+ 0,5	+ 3,0	+ 1,0	+ 2,0
Annahmen zur Prognose								
Rohölpreis								
Brent, \$ je Barrel			98,9	82,2	79,8	69	62	63
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			121,5	40,6	34,3	37	29	27
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			261,6	102,2	82,1	100	94	90
Peak, € je MWh			275,5	103,9	81,4	94	98	96
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,054	1,082	1,082	1,13	1,14	1,14
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,6	3,8	4,1	2,4	2,2	2,3
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			1,1	2,4	2,3	2,6	2,6	2,5

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2024. – ⁵⁾ EU-Länder, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2024. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

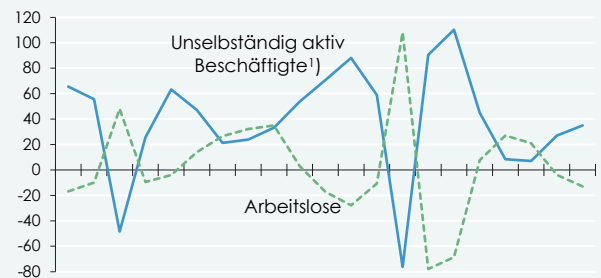
Wirtschaftswachstum

In %



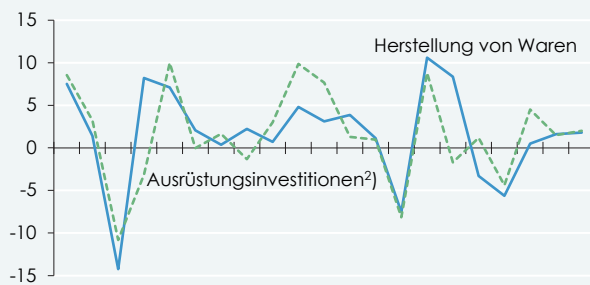
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



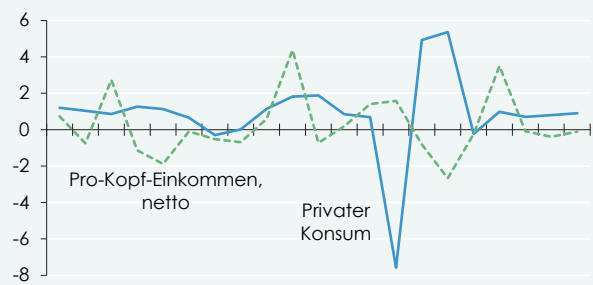
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



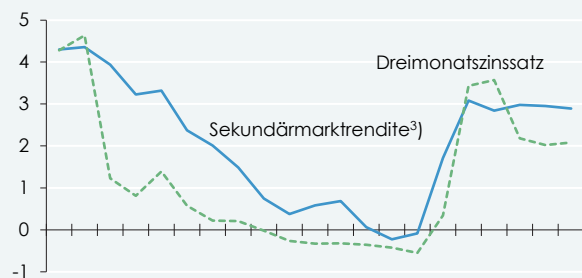
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



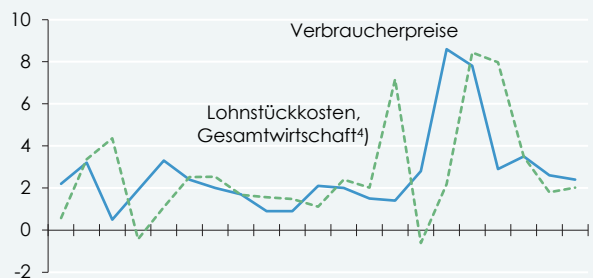
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



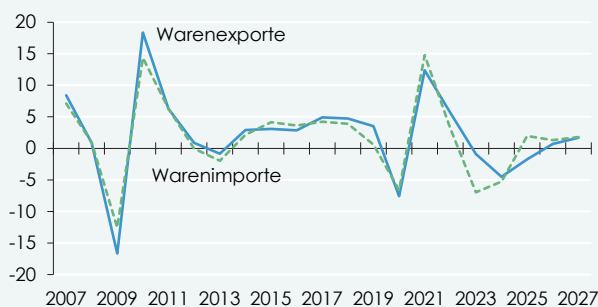
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



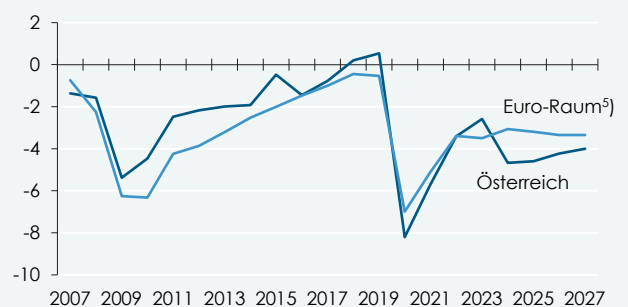
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹) Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁵) Prognose: Europäische Kommission.

Der zunehmende Wettbewerb mit China belastet die europäische Exportwirtschaft. Der robuste Arbeitsmarkt, die geringe Inflation und niedrige Zinsen begünstigen dagegen die Konjunktur. In Deutschland stützt zudem die Fiskalpolitik, wenngleich etwas weniger als zuletzt erwartet.

Ein Teil der höheren Zölle dürfte im Prognosezeitraum nach und nach auf die Verbraucherpreise überwältigt werden, wodurch sich die Preiseffekte entlang der Wertschöpfungsketten fortpflanzen. Das Aussetzen von Zollerhöhungen auf zahlreiche Lebensmittel wird jedoch dazu beitragen, dass sich die Inflation nicht weiter beschleunigt. Der Boom im Bereich der künstlichen Intelligenz wird wohl noch länger anhalten. Auch die Geld- und Finanzpolitik werden die Konjunktur der USA im Prognosezeitraum stützen. Die Zentralbank dürfte ihren Zinssenkungskurs 2026 fortsetzen. Der im Juli vom Kongress verabschiedete "One Big Beautiful Bill Act" enthält neben Steuersenkungen, die überwiegend Unternehmen und vermögenden Haushalten zugutekommen werden, eine Erhöhung der Ausgaben für Militär und Grenzüberwachung. Dem stehen allerdings Kürzungen, u. a. im Gesundheitsbereich, gegenüber. Der "Shutdown" der Bundesverwaltung dämpfte im IV. Quartal 2025 die Konjunktur, wird sie aufgrund der Wiedereinstellung von Bediensteten und der nachträglichen Auszahlung von Löhnen aber nicht nachhaltig schwächen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung der USA 2025 um 2% zugenommen haben. 2026 und 2027 wird sie weiter um 2,2% bzw. 2,4% expandieren.

Auch in China wuchs die Wirtschaft im Jahresverlauf 2025 kräftig. Neben der robusten Exportdynamik dürfte dies auch auf einen hohen Lageraufbau zurückzuführen sein. Die Binnennachfrage blieb hingegen schwach. Die privaten Haushalte sparten vermehrt, da ihre Vermögensbestände, die sie vor allem für die Altersvorsorge benötigen, angesichts des anhaltenden Immobilienpreiserückgangs schmelzen. Der Mangel an Binnennachfrage drückt die Preise im Inland und in der Folge die Exportpreise, was die Wettbewerbsfähigkeit im Ausland und die Ausfuhren begünstigt. Ein immer größerer Teil der chinesischen Fertigung erfolgt zur Gänze im eigenen Land, wogegen der Anteil der Importe an der Wertschöpfung zurückgeht. Insgesamt haben Chinas Nettoexporte stark zugenommen. Die chinesische Industrie trägt bereits seit einigen Jahren den überwiegenden Teil zum Wachstum der weltweiten Industrieproduktion bei. Ein Abbau der außen- und binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zeichnet sich bislang nicht ab. Trotz der Anstrengungen der öffentlichen Hand, Preissenkungen infolge des lebhaften Wettbewerbs in der Industrie zu unterbinden, wird die Immobilienkrise noch länger auf der Volkswirtschaft lasten und den privaten Konsum sowie die Bauinvestitionen dämpfen. Chinas Regierung wird daher weiterhin alles daransetzen, die Ausfuhren auf breiter Front zu stützen und neue Märkte zu erschließen. Chinas Wirtschaftsleistung dürfte 2026 und 2027 um jeweils 4½% expandieren (2025 +4,8%).

2.2 Moderates Wachstum im Euro-Raum

Im Euro-Raum ist die Konjunktur moderat aufwärtsgerichtet. Die europäische Exportwirtschaft leidet darunter, dass die chinesische Regierung zunehmend auf die Förderung von Hochtechnologie setzt, und so der Wettbewerb auf dem Weltmarkt zunimmt, während Erzeugnisse aus dem Euro-Raum in China immer weniger Absatz finden. Darüber hinaus werden Europas Exporte zunehmend von den Zollerhöhungen belastet; die Ausfuhren in die USA gingen im III. Quartal erneut zurück. Die Nachfrageflaute aus dem Ausland dämpft die Produktion im Euro-Raum. Der Schwäche im verarbeitenden Gewerbe stand im III. Quartal jedoch eine robuste Dynamik im Dienstleistungsbereich gegenüber, wodurch das Bruttoinlandsprodukt insgesamt etwas höher war als im Vorquartal. Im Vorjahresvergleich schlägt sich insbesondere der Anstieg des irischen BIP um mehr als 12% nieder; ohne Irland betrug der Zuwachs immerhin noch 1%. Der Arbeitsmarkt erweist sich im Euro-Raum weiterhin als robust. Die Inflation verlangsamte sich im Jahresverlauf 2025 deutlich und liegt seit dem Frühjahr nahe bei 2%. Die EZB senkte ihren Leitzinssatz (Einlagensatz) daher in mehreren Schritten auf 2%. Die Fiskalpolitik im Euro-Raum ist insgesamt in etwa neutral.

Das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum wird sich im Prognosezeitraum voraussichtlich nicht weiter beschleunigen. Zwar stützen steigende Realeinkommen den privaten Konsum, und die günstigeren Finanzierungsbedingungen sowie eine sinkende Unsicherheit sollten allmählich die Investitionen beleben. Zudem hat sich der Einkaufsmanagerindex für die Gesamtwirtschaft zuletzt verbessert und liegt deutlich über der Wachstumsschwelle. Allerdings trüben die Zollpolitik der USA, der verstärkte Wettbewerb mit China und der starke Euro die Aussichten für die Exportwirtschaft. Von der Wirtschaftspolitik sind zudem keine konjunkturstimulierenden Maßnahmen zu erwarten. Im Bereich der Fiskalpolitik stehen in den meisten Ländern Konsolidierungsbemühungen im Vordergrund. Die EZB dürfte die Zinssätze auf absehbare Zeit nicht weiter senken, zumal die Preisstabilität erst kürzlich wieder erreicht wurde und geringfügige Zinssenkungen bei einem ohnehin schon niedrigen Leitzinssatz kaum realwirtschaftliche Effekte haben. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung des Euro-Raumes daher um 1% (2026) bzw. 1,4% (2027) expandieren (2025 +1,4%).

In Deutschland wird das Fiskalpaket die ansonsten schwache Konjunktur im Prognosezeitraum stützen. Die Effekte des Paketes werden aber wohl etwas geringer ausfallen als in der WIFO-Konjunkturprognose vom Herbst 2025 unterstellt, da sich seine Wirkung verzögert. Im Jahr 2026 wird erst ein kleiner

Impuls vom Fiskalpaket ausgehen, sodass die deutsche Wirtschaft um etwa ¼% wachsen wird. 2027 wird der Impuls dann stärker ausfallen und das Wachstum auf rund 1% anziehen. Ohne die Wirkung des Fiskal-

paketes würde die Konjunktur in Deutschland verhalten ausfallen, da strukturelle Veränderungen und die demografische Entwicklung das Wachstum des Produktionspotenzials dämpfen¹⁾.

3. Aussichten für die österreichische Wirtschaft bessern sich

3.1 Konjunktur im 2. Halbjahr 2025 wieder aufwärtsgerichtet

In Österreich kam die Konjunktur 2025 lange Zeit nicht in Schwung, das BIP war im 1. Halbjahr weitgehend unverändert. Für das III. Quartal wies Statistik Austria zwar einen deutlichen Zuwachs aus, dieser war aber vor allem einem Lageraufbau zuzuschreiben. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entfalteten neuerlich keine Aufwärtsdynamik und die Bruttoanlageinvestitionen stagnierten. Die Exporte gingen laut Schätzung von Statistik Austria im III. Quartal wieder zurück, nachdem sie im 1. Halbjahr gestiegen waren. Dieses Muster dürfte auf Vorzieheffekte im weltweiten Warenhandel infolge der Zollpolitik der USA zurückzuführen

sein, die in weiterer Folge wegfielen und so den Konjunkturverlauf verformten. Darauf deutet auch hin, dass die Wertschöpfung im Bereich Herstellung von Waren (ÖNACE 2008, Abschnitt C) zu Jahresbeginn 2025 gestiegen war. In der Bauwirtschaft war hingegen, zumindest gemessen an der Wertschöpfung, bis zum Herbst ein Abwärtstrend zu beobachten. Spiegelbildlich zum privaten Konsum schrumpfte die Wertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE 2008, Abschnitte G bis I) auch noch im III. Quartal. Alles in allem war die österreichische Wirtschaftsleistung im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 2025 aber um etwa ½% höher als im Vorjahr.

In Österreich hat sich die Konjunktur im 2. Halbjahr 2025 belebt. Diese Erholung wird sich 2026 verstetigen. Das BIP dürfte daher nach ½% 2025 in den Folgejahren um jeweils über 1% zulegen.

Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2024	2025	2026	2027
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,1
Jahreswachstumsrate	in %	- 0,7	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,4
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 0,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0

Q: WIFO. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalltages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Übersicht 4: Revision der Wachstumsprognose

BIP, real

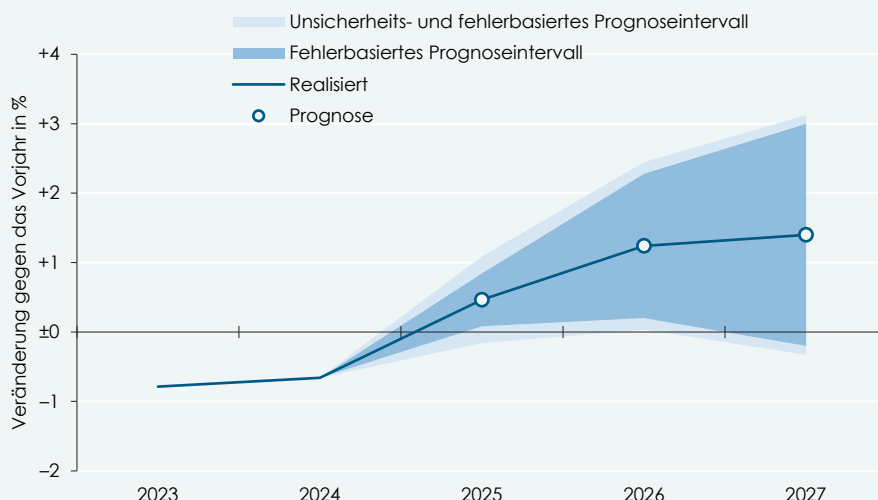
		2025	2026
WIFO-Konjunkturprognose Oktober 2025	in %	+ 0,3	+ 1,1
Datenrevision ¹⁾ und neu veröffentlichtes III. Quartal 2025 ²⁾	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3
Prognoserevision	Prozentpunkte	- 0,0	- 0,2
WIFO-Konjunkturprognose Dezember 2025	in %	+ 0,5	+ 1,2

Q: WIFO. – ¹⁾ Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2025 herangezogen wurde. – ²⁾ Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2025 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

¹⁾ Vgl. Wollmershäuser, T., Ederer, S., Fell, M., Fourné, F., Höslinger, E., Koch, F., Lay, M., Lehman, R., Link, S., Schasching, M., Schiman-Vukan, S., Wibault, T., Wolf,

G., & Zarges, L. (2025). Der Strukturwandel hat Deutschland fest im Griff. ifo-Konjunkturprognose Winter 2025. ifo Schnelldienst digital, 6(24).

Abbildung 2: Unsicherheitsintervalle für die Prognose des realen Bruttoinlandsproduktes



Q: WIFO. Berechnet auf Grundlage früherer Prognosefehler (fehlerbasiertes Intervall) bzw. unter zusätzlicher Berücksichtigung aktueller Unsicherheit (Abschätzbarkeit der Geschäftslage in der Sachgütererzeugung gemäß WIFO-Konjunkturtest, Index zur wirtschaftlichen Unsicherheit für Deutschland laut Economic Policy Uncertainty und S&P 500 Volatilitätsindex VIX laut CBOE). Zur Methodik siehe Glocker, C., & Kaniovski, S. (2025). Enhancing Macroeconomic Forecasts with Uncertainty-Informed Intervals. *WIFO Working Papers*, (710). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62151322>.

Im IV. Quartal dürfte das BIP neuerlich zulegen haben. Darauf deutet insbesondere der WIFO-Konjunkturtest hin, der eine kontinuierliche Aufhellung der Unternehmensstimmung im Jahresverlauf 2025 zeigt. Neben der Beurteilung der aktuellen Lage verbesserten sich auch die Erwartungen. In der Sachgütererzeugung zeigt sich ein deutlicher Aufwärtstrend, insbesondere in den Bereichen Vorprodukte und dauerhafte Konsumgüter. Er spiegelt sich auch in der Kapazitätsauslastung und der Auftragslage. In der Bauwirtschaft hellte sich die Stimmung ebenfalls auf. Die WIFO-Konjunkturampel für die Gesamtwirtschaft sprang im Oktober wieder auf Grün, was eine Aufwärtsbewegung der Konjunktur anzeigt. Im Einzelhandel und im Dienstleistungsbereich bewegen sich die Indikatoren hingegen tendenziell seitwärts. Auch der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator für das Verbrauchervertrauen ist seit Jahresbeginn 2025 in der Tendenz unverändert. Der private Konsum dürfte demnach auch in der zweiten Jahreshälfte verhalten geblieben sein.

Schätzungen mit dem WIFO-SDFM (Small Dynamic Factor Model) deuten auf einen weitgehend flachen Konjunkturverlauf bis ins III. Quartal 2025. Für das IV. Quartal weist das Modell hingegen eine Zunahme des BIP gegenüber dem Vorquartal von etwa ¼% aus. Das WIFO rechnet in der vorliegenden Prognose damit, dass sich bei der nächsten Veröffentlichung der VGR durch Statistik Austria ein Teil des bisher dem III. Quartal zugerechneten BIP-Wachstums ins IV. Quartal verschieben wird. Für das Gesamtjahr 2025 wird ein Zuwachs von ½% prognostiziert.

Die in der zweiten Jahreshälfte 2025 beobachtete Konjunkturerholung dürfte sich im Prognosezeitraum verstetigen. Für das I. Quartal 2026 deuten die Modellschätzungen des WIFO auf einen neuerlichen Zuwachs von gut ¼% gegenüber dem Vorquartal. Die Industrie dürfte den Tiefpunkt am Jahresende 2025 durchschritten haben, sodass die Exporte und die industrielle Bruttowertschöpfung im Sog der Weltwirtschaft wieder zulegen werden. Dies stützt auch die Anlageinvestitionen. Die Bauwirtschaft wird hingegen erst langsam wieder in die Gänge kommen. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte im Prognosezeitraum ebenfalls nur wenig Dynamik entfalten. Alles in allem wird die österreichische Wirtschaft in den Jahren 2026 und 2027 um jeweils über 1% wachsen.

3.2 Vulnerable Erholung der Exportindustrie im Prognosezeitraum

Die heimischen Warenausfuhren dürften im Jahr 2025 zum dritten Mal in Folge zurückgegangen sein (real, laut VGR). Infolge der Zollpolitik der USA hat die österreichische Exportwirtschaft eine der wichtigsten Wachstumsstützen der letzten Jahre verloren. Zudem setzt der zunehmende Wettbewerb mit China auf den Weltmärkten auch heimischen Unternehmen zu – oft indirekt über die Wertschöpfungsketten europäischer und insbesondere deutscher Hersteller. Diese Trends werden im Prognosezeitraum anhalten und dämpfen die Aussichten für die österreichische Exportwirtschaft. Der Konjunkturtiefpunkt dürfte in diesem Bereich aber durchschritten sein und die Ausfuhren am Jahresende 2025 wieder zugelegt haben. Mit der

Die Exportkonjunktur dürfte sich im 2. Halbjahr 2025 leicht belebt haben und wird 2026 moderat anziehen. Die Erholung ist jedoch anfällig für neuerliche Rückschläge.

langsamen Erholung der europäischen Industrie und insbesondere der Investitionsgüternachfrage dürften die Marktanteilsverluste im Jahr 2026 aufgrund des hohen Investitionsgüteranteils innerhalb der österreichischen Exporte geringer ausfallen als im Vorjahr. Zudem wird der Kostendruck, der wegen der Aufwertung des Euro und den Lohnsteigerungen in den Vorjahren hoch war,

2026 nachlassen. Die Warenausfuhr wird dennoch nur um 0,7% steigen und erst 2027 wieder stärker zulegen. Anhaltende strukturelle Verschiebungen im globalen Warenhandel durch die Zölle der USA und die veränderte Rolle der chinesischen Wirtschaft in der Welt führen allerdings dazu, dass diese Erholung anfällig gegenüber neuerlichen Dämpfen ist.

Übersicht 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,26	4,28	4,32	4,37	+ 2,2	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	68,47	68,81	69,92	71,17	– 5,4	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,8
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	10,87	10,38	10,53	10,64	– 3,1	– 4,5	+ 1,5	+ 1,0
Bauwirtschaft	15,31	15,19	15,28	15,43	– 4,2	– 0,8	+ 0,6	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,33	38,83	39,37	40,04	– 3,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,7
Verkehr	19,81	19,61	19,91	20,21	– 1,5	– 1,0	+ 1,5	+ 1,5
Beherbergung und Gastronomie	10,95	10,88	10,91	11,01	– 0,3	– 0,6	+ 0,3	+ 0,9
Information und Kommunikation	16,81	16,97	17,14	17,31	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,78	16,85	17,17	17,55	+ 4,6	+ 0,4	+ 1,9	+ 2,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	32,00	32,51	32,84	33,23	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,2
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	35,66	35,23	36,11	36,83	– 1,9	– 1,2	+ 2,5	+ 2,0
Öffentliche Verwaltung ²⁾	62,67	64,43	65,07	65,72	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,81	8,76	8,81	8,85	+ 0,9	– 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	339,92	341,80	346,30	351,15	– 1,0	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt	380,18	381,97	386,70	392,11	– 0,7	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,4

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 6: Produktivität

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5,3	– 0,8	– 0,7	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,4
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,6	– 0,0	+ 0,5	+ 0,7
Produktion je Erwerbstätigen	+ 2,4	– 1,6	– 1,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	– 0,3	– 0,2	– 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Stundenproduktivität ³⁾	+ 2,7	– 1,4	– 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	+ 8,3	– 3,3	– 5,6	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,8
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,3	+ 1,4	– 0,9	– 2,0	± 0,0	+ 0,5
Produktion je Erwerbstätigen	+ 5,9	– 4,7	– 4,8	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	– 0,8	– 0,5	+ 0,8	– 0,2	– 0,4	– 0,4
Stundenproduktivität ³⁾	+ 6,8	– 4,2	– 5,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,7

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ³⁾ Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

Anders als die Exporte dürfte die Wertschöpfung in der österreichischen Herstellung von Waren im Jahr 2025 leicht zugelegt haben. Vor allem in den Bereichen Konsumgüter und Vorprodukte stieg die Produktion, wogegen die Investitionsgüterindustrie mit einer

anhaltend schwachen Nachfrage kämpfte. Zwar war die Stimmung vieler Unternehmen bis Jahresende gedämpft, hatte sich im Jahresverlauf aber deutlich gebessert. Auch die Auftragslage wurde zuletzt wieder erheblich besser eingeschätzt. Begünstigt durch die

Die Bruttoanlageinvestitionen wurden 2025 ausgeweitet. Die Baukonjunktur kommt jedoch erst langsam in Schwung und wird durch Einsparungen in den öffentlichen Haushalten gebremst.

Exportkonjunktur dürfte die Herstellung von Waren ihre Wertschöpfung 2026 und 2027 wieder kräftiger um gut 1½% bzw. 1,8% steigern. Allerdings werden die oben beschriebenen strukturellen Verschiebungen die Expansion weiter bremsen. Auch die Industrieproduktion bleibt daher anfällig für neuerliche Rückschläge.

3.3 Bruttoanlageinvestitionen steigen

Laut den jüngst von Statistik Austria veröffentlichten, bis zum III. Quartal reichenden VGR-Daten waren die Ausrüstungsinvestitionen 2025 weit höher als im Vorjahr. Dies zieht eine deutliche Aufwärtsrevision der Investi-

tionsprognose für das Jahr 2025 nach sich. Der WIFO-Investitionstest vom Oktober ließe allerdings einen Rückgang der Investitionen in den Jahren 2025 und 2026 erwarten. Auch die Befragung im Rahmen des von der Wirtschaftskammer Österreich veröffentlichten Wirtschaftsbarometers deutet auf eine rückläufige Investitionstätigkeit. Angesichts gedämpfter Export- und Produktionserwartungen ist die Investitionsbereitschaft der Unternehmen üblicherweise gebremst, auch weil die Gewinnsituation derzeit ungünstig ist. Vor diesem Hintergrund rechnet das WIFO im Prognosezeitraum mit einer mäßigen Investitionskonjunktur.

Übersicht 7: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	273,86	277,46	279,52	281,70	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,8
Private Haushalte ¹⁾	193,66	195,02	196,58	198,35	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9
Staat	80,23	82,47	82,97	83,38	+ 3,8	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,5
Bruttoinvestitionen	84,86	87,78	90,51	93,12	- 9,1	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,9
Bruttoanlageinvestitionen	87,78	88,63	89,98	91,84	- 4,3	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,1
Ausrüstungen ²⁾	28,66	29,95	30,40	31,01	- 4,4	+ 4,5	+ 1,5	+ 2,0
Bauten	36,59	36,30	36,37	36,74	- 5,9	- 0,8	+ 0,2	+ 1,0
Sonstige Anlagen ³⁾	22,97	22,97	23,89	24,84	- 0,8	± 0,0	+ 4,0	+ 4,0
Inländische Verwendung	359,73	365,72	370,56	375,40	- 0,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,3
Exporte	224,87	223,28	226,05	230,39	- 2,3	- 0,7	+ 1,2	+ 1,9
Reiseverkehr	15,05	15,17	15,46	15,78	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,0
Minus Importe	205,46	208,39	211,31	215,03	- 2,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,8
Reiseverkehr	10,34	10,34	10,31	10,32	+ 4,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,1
Bruttoinlandsprodukt	380,18	381,97	386,70	392,11	- 0,7	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,4
Nominell	494,09	512,08	530,56	549,39	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Die Baukonjunktur dürfte sich im Laufe des Jahres 2025 stabilisiert haben. Während der Wohnbau unterdurchschnittlich blieb, wirkte der Nicht-Wohnbau (Tiefbau, Geschäfts- und Industriebau) stützend. Die Stabilisierung ist auch an der Beschäftigungsentwicklung ablesbar. Positive Signale kommen zudem vom WIFO-Konjunkturtest, der auf eine zaghafte, aber kontinuierliche Aufwärtsbewegung zu Jahresende hindeutet. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürften die Bauinvestitionen allerdings neuerlich geschrumpft sein. Auch im Jahr 2026 ist keine starke Dynamik zu erwarten, u. a. deshalb, weil die öffentlichen Haushalte unter Konsolidierungsdruck stehen und daher mit Einsparungen und Verschiebungen von Bauprojekten zu rechnen ist.

3.4 Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter verringert die Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigung stagnierte im Jahr 2025 weitgehend. Während sie in der Industrie

und im Handel bis zum Herbst schrumpfte, stieg sie in der öffentlichen Verwaltung i. w. S. Insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen wird der Personalstand am Jahresende 2025 deutlich höher sein als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) ist seit Jahresbeginn 2025 gestiegen und dürfte durchschnittlich 7½% betragen haben.

Im Prognosezeitraum wird die Beschäftigung wieder etwas steigen und die Arbeitslosigkeit sinken. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit trägt auch die demografische Entwicklung bei. Laut der aktuellen Prognose von Statistik Austria schrumpft die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab dem Jahr 2025 stetig. Kompensiert wird dies allerdings durch den weiteren Anstieg der Erwerbsbeteiligung, insbesondere wegen der schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen sowie der Reform der Korridorpension ab 2026.

Die Arbeitslosigkeit wird nach einem Anstieg im Jahr 2025 wieder zurückgehen. Dazu trägt neben einer Beschäftigungsausweitung auch der Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter bei.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 116,2	+ 46,3	+ 11,8	+ 12,0	+ 32,0	+ 38,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 110,2	+ 44,8	+ 8,4	+ 7,0	+ 27,0	+ 35,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 22,9	– 9,0	– 16,7	– 20,0	– 8,0	– 3,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 87,4	+ 53,8	+ 25,0	+ 27,0	+ 35,0	+ 38,0
Selbständige ²⁾	+ 6,0	+ 1,5	+ 3,4	+ 5,0	+ 5,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 48,6	+ 36,9	+ 5,6	– 9,7	– 12,6	– 18,9
Erwerbspersonen ³⁾	+ 47,6	+ 54,0	+ 38,8	+ 33,0	+ 28,0	+ 25,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	– 68,6	+ 7,7	+ 27,1	+ 21,0	– 4,0	– 13,0
Personen in Schulung	– 0,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 1,0	± 0,0	± 0,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	4,8	5,1	5,2	5,6	5,5	5,2
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	5,6	5,7	6,2	6,6	6,5	6,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,3	6,4	7,0	7,4	7,3	7,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9
Arbeitslose (laut AMS)	– 20,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 7,1	– 1,3	– 4,1
Stand in 1.000	263,1	270,8	297,9	318,9	314,9	301,9

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria, 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

3.5 Inflation und niedrige Lohnabschlüsse dämpfen Konsum

Die Verbraucherpreise von Strom und Gas stiegen zu Jahresbeginn 2025 sprunghaft, u. a. weil die 2022 eingeführte Strompreisbremse auslief, Netzentgelte angehoben wurden, und die CO₂-Abgabe stieg. Dieser Anstieg erhöhte die Inflation während des gesamten Jahres. Darüber hinaus zogen auch die Nahrungsmittelpreise im Frühjahr 2025 an und der Anstieg der Wohnungsmieten beschleunigte sich. Im Sommer kletterte die Inflationsrate auf über 4% und dürfte bis zum Jahresende auf diesem Niveau geblieben sein. Im Durchschnitt des Jahres 2025 betrug der Verbraucherpreisauftrieb somit 3½%.

Zu Jahresbeginn 2026 entfällt der Basiseffekt des Energiepreisanstiegs vom Jänner 2025, was für sich genommen den Preisauftrieb um bis zu 1 Prozentpunkt reduzieren wird. Die insgesamt höhere Preisdynamik in der zweiten Jahreshälfte 2025 wird sich aber auch ins Folgejahr fortsetzen, sodass die Inflation nur langsam abklingen und im Jahresdurchschnitt 2026 bei 2,6% liegen dürfte. 2027 sinkt sie weiter bis auf 2,4%.

Der Anstieg der Inflation dämpfte die Entwicklung der Haushaltseinkommen. Preisbereinigt dürften die verfügbaren Einkommen im Jahr 2025 um fast 1% gesunken sein. Nach einem kräftigen Anstieg im Vorjahr stagnierten die Nettoreallöhne in etwa. 2026 bleiben die Lohnzuwächse unter der Inflationsrate. Somit werden die Reallöhne und -gehälter zurückgehen. Da die Beschäftigung wieder etwas stärker steigt als im Vorjahr, dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2026 stagnieren und erst 2027 wieder steigen.

Die schwache Einkommensentwicklung dämpft die privaten Konsumausgaben. Im Jahresdurchschnitt 2025 dürften sie gegenüber dem Vorjahr nur um etwa ¼% zugenommen haben. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter stiegen – nach Rückgängen in den drei Jahren davor – kräftig, jene für nichtdauerhafte Güter und Dienstleistungen hingegen kaum. Finanziert wurde der Anstieg des Konsums bei gleichzeitig sinkenden Einkommen aus einem deutlichen Rückgang der Sparquote.

Der Anstieg der Inflation und die niedrigen Lohnabschlüsse dämpfen die Realeinkommensentwicklung. Der private Konsum wird daher nur wenig Dynamik entfalten.

Im Prognosezeitraum wird der private Konsum wegen der verhaltenen Einkommensentwicklung kaum Dynamik entfalten und 2026 ähnlich schwach zulegen wie im Vor-

jahr. Die Sparquote dürfte 2026 neuerlich merklich sinken. 2027 wird der Konsum um rund 1% steigen.

Übersicht 9: Konsum, Einkommen und Preise

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 5,4	- 0,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9
Dauerhafte Konsumgüter	- 4,5	- 5,5	- 0,2	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 6,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,5	- 0,7	+ 4,4	- 0,9	+ 0,1	+ 0,6
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,1	8,6	11,7	10,2	9,6	9,3
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,5	8,1	11,1	9,6	9,0	8,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 5,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,1	+ 2,3	+ 1,7
	Verbraucherpreise					
National	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,4
Harmonisiert	+ 8,6	+ 7,7	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,4
Kerninflation ²⁾	+ 5,1	+ 7,3	+ 3,9	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,3

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2025 bis 20207: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Übersicht 10: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 4,9	+ 7,1	+ 6,5	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,7
Real ²⁾						
Brutto	- 3,4	- 0,6	+ 3,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3
Netto	- 2,7	- 0,2	+ 3,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	- 2,4	- 0,1	+ 4,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2
	In %					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	61,9	62,9	65,5	66,1	65,7	65,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 8,4	+ 8,0	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,0
Herstellung von Waren	- 0,7	+12,0	+11,9	+ 3,4	- 0,2	+ 0,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	- 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,6
Real	- 1,8	+ 3,4	+ 0,9	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

3.6 Öffentliche Haushalte unter Konsolidierungsdruck

Die öffentlichen Haushalte stehen im Prognosezeitraum unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Im Jahr 2025 dürfte die Staatsausgabenquote leicht gestiegen sein. Zuzuschreiben ist dieser Anstieg nicht zuletzt dem weiterhin kräftigen Wachstum der Ausgaben der subnationalen Gebietskörperschaften. Neben den Verpflichtungen der Länder und Gemeinden im Rahmen des Zukunftsfonds treiben die demografischen Herausforderungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Elementarbildung die Ausgabendyna-

mik. Dies spiegelt sich auch in der Beschäftigung im öffentlichen Bereich sowie im öffentlichen Konsum. Letzterer trug 2025 mit einem nominellen Zuwachs von knapp 6% wesentlich zum gesamtstaatlichen Ausgabenwachstum bei. Mit dem Inkrafttreten des neuen innerösterreichischen Stabilitätspaktes ist jedoch ab 2026 mit verstärkten Konsolidierungsanstrengungen auf subnationaler Ebene zu rechnen, da ansonsten die Budgetziele nicht erreicht werden können. Dies und die zunehmende Wirksamkeit der Sparmaßnahmen auf Bundesebene dürften die Ausgabenquote bis 2027 dämpfen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dürfte die Defizitquote von 4,6% des BIP im Jahr 2025 auf 4% (2027) verbessern. Die Schuldenquote wird weiter steigen.

Übersicht 11: **Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	In % des BIP					
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates¹)	– 3,4	– 2,6	– 4,7	– 4,6	– 4,2	– 4,0
Primärsaldo des Staates	– 2,5	– 1,4	– 3,2	– 2,9	– 2,5	– 2,2
Staatseinnahmen	49,6	49,6	50,5	50,8	50,6	50,4
Staatsausgaben	53,0	52,2	55,2	55,4	54,8	54,4
Schuldenstand des Staates¹)	78,1	77,8	79,9	81,8	83,5	84,9
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	0,3	3,4	3,6	2,2	2,0	2,1
Sekundärmarktrendite²)	1,7	3,1	2,8	3,0	3,0	2,9

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2025 bis 2027: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Auch die öffentlichen Einnahmen sind in den Jahren 2025 und 2026 von den Konsolidierungsmaßnahmen geprägt. So stützen die temporäre Erhöhung der Stabilitätsabgabe die Produktions- und Importabgaben, und Sonderdividenden die Vermögenseinkommen. Gleichzeitig schlägt sich die schwache Konjunktur in Form von niedrigeren Einnahmen aus der Körperschaftsteuer nieder. Die verhaltene Entwicklung des privaten Konsums dämpft das Mehrwertsteueraufkommen. Die Aussetzung der Abgeltung

des letzten Drittels der kalten Progression sowie der starke Anstieg der Höchstbemessungsgrundlage sorgen hingegen für ein robustes Wachstum von lohnbezogenen Abgaben. Alles in allem steigt die gesamtstaatliche Einnahmenquote 2025 und sinkt bis 2027 wieder geringfügig. Der Finanzierungssaldo verbessert sich bis 2027 auf –4% des BIP. Die Staatsverschuldung dürfte damit von knapp 80% der Wirtschaftsleistung im Jahr 2024 auf knapp 85% im Jahr 2027 zunehmen.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauninger@wifo.ac.at, victoria.ploechl@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich

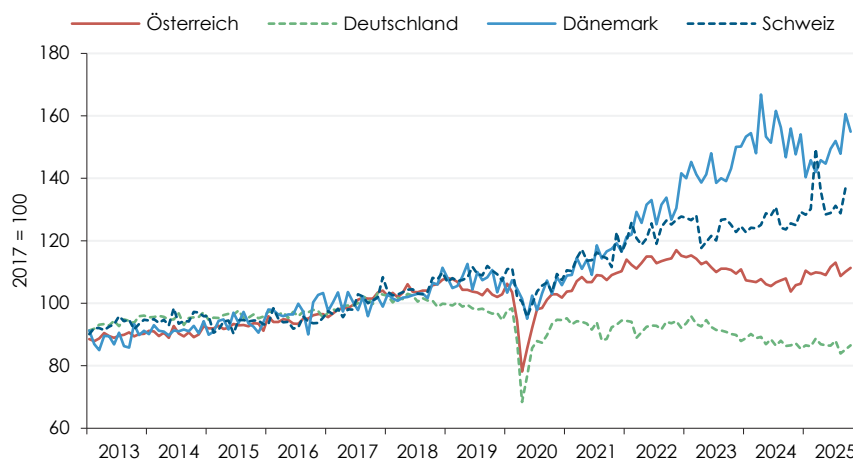
Aktualisierung 2026

Marcus Scheiblecker

- Die heimische Industrie leidet anhaltend unter der geringen europäischen Nachfrage und konnte 2025 nur schwach expandieren.
- Seit 2017 ist die Industrieproduktion in Dänemark und der Schweiz kräftiger gewachsen als in Österreich. Zuzuschreiben ist dies vor allem der lebhaften Nachfrage nach pharmazeutischen Produkten. Die im Vergleich kleine heimische Pharmaindustrie wächst dennoch seit Anfang 2023 rascher als jene in der Schweiz und in Dänemark.
- Österreichs wichtigster Industriezweig, der Maschinenbau, konnte gegenüber 2017 deutlich zulegen, während die Produktion in den Vergleichsländern unter bzw. auf dem damaligen Niveau liegt.
- Seit 2023 ist in Österreich allerdings eine ungünstigere Entwicklung der Produktivität und der Betriebsüberschüsse festzustellen. Dies beeinträchtigt die Standortqualität und gefährdet Investitionen zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit.

Entwicklung der Produktion in der Herstellung von Waren

Industrieproduktionsindex NACE 2008, Abschnitt C, saison- und arbeitstagsbereinigt



"Die günstigere Entwicklung der Industrieproduktion Dänemarks und der Schweiz seit 2019 ist vor allem der pharmazeutischen Industrie geschuldet. In Deutschland hielt der Abwärtstrend auch 2025 an."

Im Jahr 2025 zeigte sich in der Industrieproduktion Österreichs, Dänemarks und der Schweiz eine Aufwärtstendenz. In Deutschland hingegen setzte sich der Abwärtstrend fort (Q: Eurostat, Macrobond).

Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich

Aktualisierung 2026

Marcus Scheiblecker

Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026

Der jährlich erscheinende Beitrag vergleicht die Entwicklung des Industrieproduktionsindex in Österreich, Deutschland, der Schweiz und Dänemark seit 2013. Während die Industrieproduktion Deutschlands in diesem Zeitraum deutlich zurückging, stieg sie in Österreich weiter an, blieb jedoch hinter der Dynamik in Dänemark und der Schweiz zurück. Bereinigt man allerdings um die pharmazeutische Industrie, so verschwindet der Vorsprung Dänemarks und der Schweiz. Auch in der energieintensiv produzierenden Industrie zeigt sich kein Rückstand Österreichs gegenüber den Vergleichsländern. Allerdings hinkte die Produktivitätsentwicklung hierzulande hinterher. Die Profitabilität entwickelte sich sogar schwächer als in Deutschland.

JEL-Codes: L50, L60 • **Keywords:** Wirtschaftliche Entwicklung, Industriepolitik

Begutachtung: Werner Hölzl • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 18. 12. 2025, Datenstand: 16. 12. 2025

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

Austrian Industrial Production in a Country Comparison. Update 2026

The annual report compares the development of the industrial production index from 2013 onwards for Austria, Germany, Switzerland and Denmark. While Germany's industrial production declined significantly during this period, Austria's continued to rise, but lagged behind the momentum in Denmark and Switzerland. However, when adjusted for pharmaceutical production, Denmark and Switzerland's lead disappears. Even in energy-intensive manufacturing, no lag can be observed. However, productivity growth in Austria was lower than in Denmark and Switzerland, profitability even lower than in Germany.

1. Einleitung

Österreich weist im internationalen Vergleich einen hohen Industrieanteil auf. Während im Bereich Hochtechnologie deutliche Schwächen erkennbar sind, besetzen heimische Industrieunternehmen im Bereich der mittleren Technologien wichtige Segmente und sind teilweise sogar Weltmarktführer (Reinstaller & Friesenbichler, 2020; Janger & Slickers, 2025).

Industriell gefertigte Produkte spiegeln in besonderem Maße den technischen Fortschritt einer Volkswirtschaft wider. Die Erzeugnisse der heimischen Industrie werden zu einem guten Teil exportiert und müssen sich auf den Auslandsmärkten gegen Konkurrenzprodukte aus anderen Ländern behaupten. Daher eignet sich ein internationaler Vergleich der Industrieproduktion als Gradmesser der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Der vorliegende Beitrag setzt auf frühere Analysen auf (Scheiblecker, 2023, 2025) und stellt anhand der monatlich verfügbaren Produktionsindizes die jüngste Entwicklung in der österreichischen Industrie jener in Deutschland, Dänemark und der Schweiz gegenüber. Als Industrie i. e. S. wird dabei die Herstellung von Waren (NACE 2008, Ab-

schnitt C) verstanden. Damit bleiben der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden (Abschnitt B) ebenso ausgespart wie die Energie- und Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung und die Beseitigung von Umweltverschmutzungen (Abschnitte D und E).

In ihrem Aufbau entspricht die Analyse weitgehend den früheren Beiträgen. Aus Platzgründen nicht wiederholt wurden Erläuterungen zur Methodik sowie den Eigenschaften und Einschränkungen des Industrieproduktionsindex, die für seine korrekte Interpretation nichtsdestotrotz wesentlich sind. Neben der Industrieproduktion wird erneut die Stundenproduktivität in der Industrie verglichen.

Da sie durch den starken Anstieg der Energiepreise im Jahr 2022 unter Druck geraten sind, wurden im Vorjahr energieintensive Industriezweige gesondert betrachtet. Dieser Ländervergleich wird im vorliegenden Beitrag aktualisiert. Neu hinzugekommen ist ein Kapitel zu den Betriebsüberschüssen. Die Erweiterung erschien deshalb notwendig, da der im Industrieproduktionsindex zum Ausdruck kommende mengenmäßige Output

keine hinreichende Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit zulässt. Ohne Preissetzungsmacht auf den internationalen Märkten wären heimische Unternehmen nämlich selbst bei höheren Produktionskosten dazu gezwungen, ihre Preise an jene der Konkur-

renz anzupassen. Dies würde zwar eine anhaltende Steigerung des Outputs ermöglichen, jedoch die Gewinne bzw. die Betriebsüberschüsse dämpfen, worunter in weiterer Folge die Investitionen und der Standort leiden könnten.

2. Industrieproduktion im Ländervergleich

In einem ersten Schritt soll die Entwicklung der österreichischen Industrie i. e. S. (NACE 2008, Abschnitt C) mit jener in Deutschland, Dänemark und der Schweiz verglichen werden. Während die Herstellung von Waren in Deutschland und der Schweiz bereits seit Längerem einen etwas größeren Anteil an der Gesamtwirtschaft einnimmt als in Österreich, hat ihr Gewicht in Dänemark erst in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, womit auch Dänemark Österreich überholt hat.

Alle drei Vergleichsländer stehen ebenso wie Österreich als offene Volkswirtschaften im internationalen Wettbewerb. Dänemark und die Schweiz gehören allerdings nicht dem Euro-Raum an und könnten mit einer eigenständigen Wechselkurspolitik zumindest kurzfristig Wettbewerbsvorteile gegenüber Deutschland und Österreich lukrieren. Da Dänemark eine enge Währungsbindung an den Euro verfolgt, kann es jedoch de facto als Mitglied der Währungsunion betrachtet werden. Der Schweizer Franken hat hingegen seit 2017 kräftig um knapp 20% gegenüber dem Euro aufgewertet.

Bis zum Jahr 2017 wies die Industrieproduktion in allen vier Ländern eine ähnliche Dynamik auf. In Österreich, der Schweiz und Dänemark legte sie 2018 weiter zu, während in Deutschland ein Rückgang einsetzte. 2019 schien auch Österreich auf einen rückläufigen Pfad einzuschwenken. In Dänemark und der Schweiz stagnierte die Produktion 2019 weitgehend (vgl. Abbildung "Entwicklung der Produktion in der Herstellung von Waren").

Die COVID-19-Pandemie ließ ab März 2020 vor allem in Deutschland und Österreich die industrielle Produktionstätigkeit einbrechen. In Dänemark und der Schweiz glich der Rückgang dagegen eher einer Fortsetzung eines bereits zuvor beobachtbaren Konjunkturabschwungs. Wegen des höheren Anteils pharmazeutischer Erzeugnisse an der Industrieproduktion traf die Pandemie die beiden Volkswirtschaften in deutlich geringerem Ausmaß.

Mit Überwindung des Einbruchs ab dem Sommer 2020 nahm die Industrie in Öster-

reich, Dänemark und der Schweiz wieder deutlich Fahrt auf. Allerdings war die Dynamik in Österreich schwächer, während es Dänemark und der Schweiz gelang, ihre Industrieproduktion bis Ende 2022 massiv auszuweiten. In Deutschland hingegen hielt die Talfahrt nach einer kurzen Erholung im 2. Halbjahr 2020 weiter an.

Ab 2023 divergierte die Entwicklung stärker. Während die Produktion in Dänemark bis Mitte 2024 markant wuchs, stagnierte sie in der Schweiz 2023 und 2024 weitgehend. Österreich rutschte hingegen ebenso wie Deutschland in eine Rezession. Die deutsche Industrieproduktion blieb auch 2025 rückläufig. Jene der anderen Länder expandierte wieder, wenn auch in unterschiedlichem Tempo.

Von den fünf wichtigsten heimischen Industriezweigen¹⁾ entwickelte sich 2021, im ersten Jahr nach der COVID-19-Krise, die Herstellung von Metallerzeugnissen (NACE 2008, Abteilung C25) am dynamischsten (Abbildung 1). Allerdings brach die Produktion dieses Wirtschaftszweiges in der 2023 einsetzenden Industriezession ein und stagnierte in weiterer Folge. Österreichs größte Industriebranche, der Maschinenbau (C28), expandierte nach Überwindung der Pandemie deutlich rascher als in den Vergleichsländern und konnte sein hohes Wachstumstempo noch bis Ende 2022 beibehalten. Danach flaute die Dynamik stetig ab. Seit dem Tiefpunkt im Herbst 2024 ist die Produktion wieder leicht aufwärtsgerichtet. Mittelfristig ist der Maschinenbau vor allem in Deutschland und der Schweiz geschrumpft: Im Durchschnitt Jänner bis Oktober bzw. September 2025 lag der Produktionsindex dort um 17% bzw. 9,8% unter dem Niveau von 2017. In Dänemark stagnierte er (+0,4%), in Österreich ergab sich hingegen ein kräftiges Wachstum von 11,3%.

Der drittgrößte heimische Industriezweig, die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (C10), folgte unbeeindruckt von der Rezession 2023/24 einem moderaten Aufwärtstrend, welcher mit abnehmender Dynamik bis Ende 2025 anhielt. Die Metallerzeugung und -bearbeitung (C24) entwickelt sich seit der COVID-19-Pandemie von den fünf größ-

Die deutsche Industrieproduktion schrumpft bereits seit 2018, während Österreichs Industrie 2025 die Rezession der beiden Vorjahre überwunden hat.

Der für Österreichs Industrie außerordentlich wichtige Maschinenbau entwickelte sich in den letzten Jahren besser als in Deutschland, Dänemark und der Schweiz.

¹⁾ Maßgeblich für die Reihung sind die Wertschöpfungsanteile im Jahr 2021, das zugleich das Basisjahr des Produktionsindex ist. Sie entsprechen somit den Gewichten, mit denen die Produktion der in der Kon-

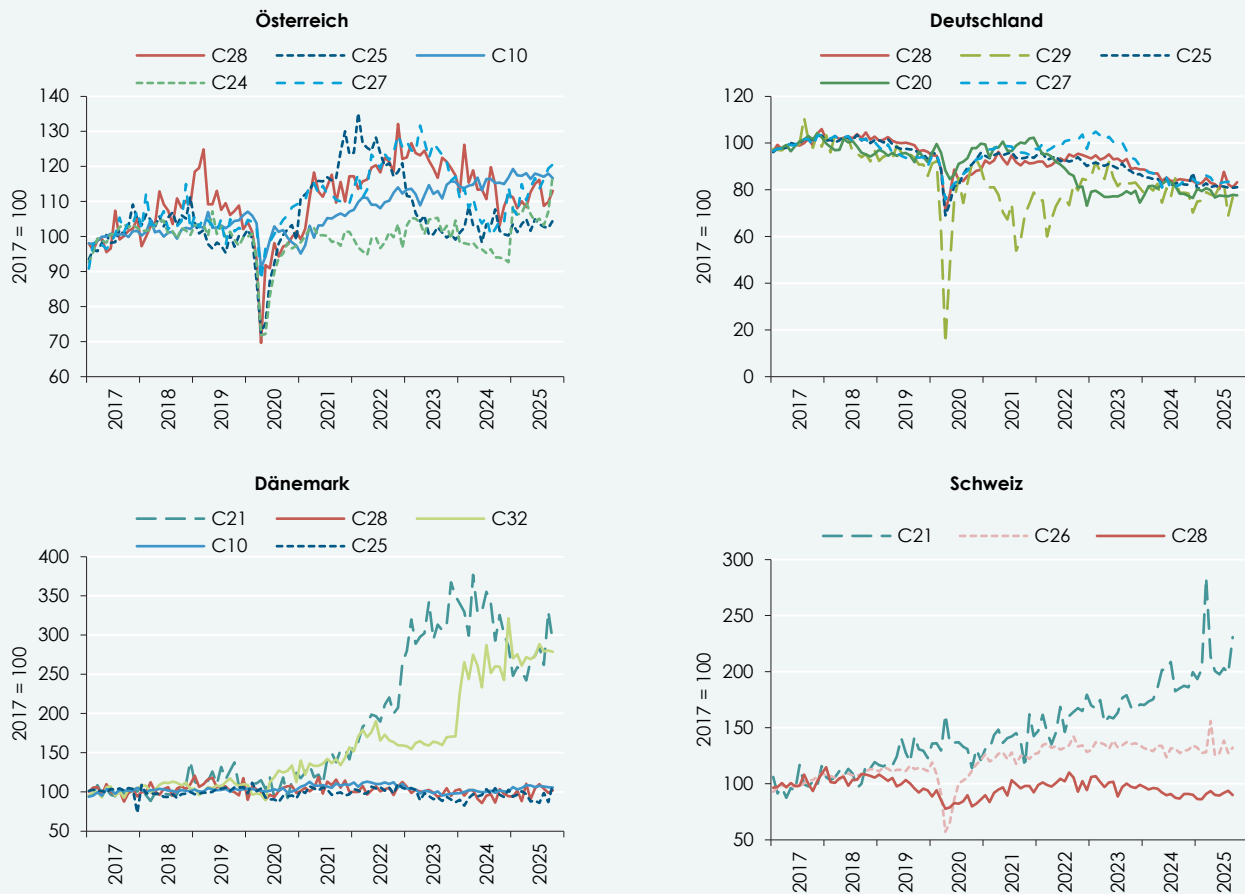
junkturstatistik erfassten Industrieunternehmen der jeweiligen NACE-Abteilung gewichtet wird (Statistik Austria, 2025).

ten Industriezweigen am schwächsten. Nach Überwindung der Pandemie tendierte die Produktion ab 2022 leicht aufwärts. Mit dem Einsetzen der Rezession Anfang 2023

gingen die Zugewinne jedoch wieder vollständig verloren. Anfang 2025 stieg die Produktion abrupt²⁾, gefolgt von einer Verringerung im weiteren Jahresverlauf.

Abbildung 1: Entwicklung der jeweils fünf wichtigsten Branchen der Herstellung von Waren

Produktionsindex, saison- und arbeitstagsbereinigt



Q: Eurostat, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen, Macrobond. C10 . . . Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, C20 . . . Herstellung von chemischen Erzeugnissen, C21 . . . Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen, C24 . . . Metallerzeugung und -bearbeitung, C25 . . . Herstellung von Metallerzeugnissen, C26 . . . Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen, C27 . . . Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, C28 . . . Maschinenbau a. n. g., C29 . . . Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, C32 . . . Herstellung von sonstigen Waren. Ausgewiesen sind jeweils die fünf wichtigsten Branchen im Basisjahr 2021. Die Indizes wurden zur besseren Vergleichbarkeit auf 2017 = 100 umbasiert.

In Deutschland entwickelten sich die fünf wichtigsten Industriezweige auch nach Überwindung der Pandemie schwach.

Die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (C27) bildet mit einem Wertschöpfungsanteil von 6,6% (im Basisjahr 2021) den fünftwichtigsten heimischen Industriezweig. Auch in dieser Branche kam es ab Anfang 2023 zu einem konjunkturbedingten Produktionsrückgang. Bereits im 2. Halbjahr 2024 konnte die Talfahrt jedoch gestoppt werden, seither befindet sich die Produktion wieder deutlich im Aufwind.

Wie in Österreich ist auch in Deutschland der Maschinenbau (C28) die wichtigste Branche innerhalb der Warenherstellung. Nach Überwindung der Pandemie hatte dieser Wirt-

schaftsbereich im Wesentlichen stagniert, bevor die Produktion mit Eintreten der Rezession Anfang 2023 auf einen Abwärtstrend eingeschwenkt hat, der auch im Herbst 2025 noch nicht zum Erliegen gekommen ist.

Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (C29), der zweitwichtigste Industriezweig Deutschlands, brach in der COVID-19-Pandemie am stärksten ein, konnte sich aber wieder rasch erholen. Allerdings blieb die Produktion auch in den Folgejahren volatil. Ab 2023 geriet die deutsche Automobilindustrie infolge der internationalen Industrierezession erneut unter Druck.

²⁾ Es könnte aufgrund der angekündigten Erhöhungen von Importzöllen durch die USA zu Vorzieheffekten gekommen sein.

Die Schwäche hielt 2025 weiter an. Auch in der Herstellung von Metallerzeugnissen (C25) setzte sich der seit Ausbruch der Rezession Anfang 2023 beobachtete Produktionsrückgang bis zuletzt fort. Die Herstellung elektrischer Ausrüstungen (C27) stagniert in Deutschland seit Anfang 2024 im Wesentlichen, nachdem sie 2023 eingebrochen war. Auch die Herstellung chemischer Erzeugnisse (C20) vollzieht seit ihrem Einbruch 2022 eine Seitwärtsbewegung.

In Dänemark verlief die Industriekonjunktur zweigeteilt. Neben dem Maschinenbau (C28), der im Basisjahr 2021 nach der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen der zweitwichtigste Industriezweig Dänemarks war, haben sich seit 2017 auch die Herstellung von Metallerzeugnissen (C25; fünftwichtigster Industriezweig) und die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (C10; drittwichtigster Industriezweig) nur wenig dynamisch entwickelt. Die pharmazeutische Industrie (C21) und die Herstellung sonstiger Waren (C32)³⁾ hingegen nahmen ab 2021 deutlich Fahrt auf. Während die pharmazeutische Produktion 2024 vorübergehend einknickte, beschleunigte sich die Expansion bei den sonstigen Waren erheblich. Ab Anfang 2025 erfuhr die pharmazeutische Industrie erneut einen kräftigen Wachstumsschub, während die Dynamik in der Produktion sonstiger Waren abflachte.

In der Schweiz stellt die pharmazeutische Industrie (C21) mit rund 29% (2021) einen noch

höheren Anteil an der Industriewertschöpfung als in Dänemark (knapp 21%). Auch in der Schweiz war sie in den vergangenen Jahren für die lebhafteste Expansion der Industrieproduktion verantwortlich, konnte ihren Output seit 2017 mehr als verdoppeln und war damit die wachstumsstärkste der fünf größten Industriezweige⁴⁾. Auch der zweitgrößte Zweig, die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (C26), welche auch die Produktion von Uhren umfasst, erholte sich rasch von der Pandemie und konnte bis 2022 kräftig expandieren. Seither scheint die Produktion allerdings zu stagnieren bzw. leicht zu sinken. Der Maschinenbau (C28) entwickelte sich hingegen ähnlich kraftlos wie in Deutschland und Dänemark.

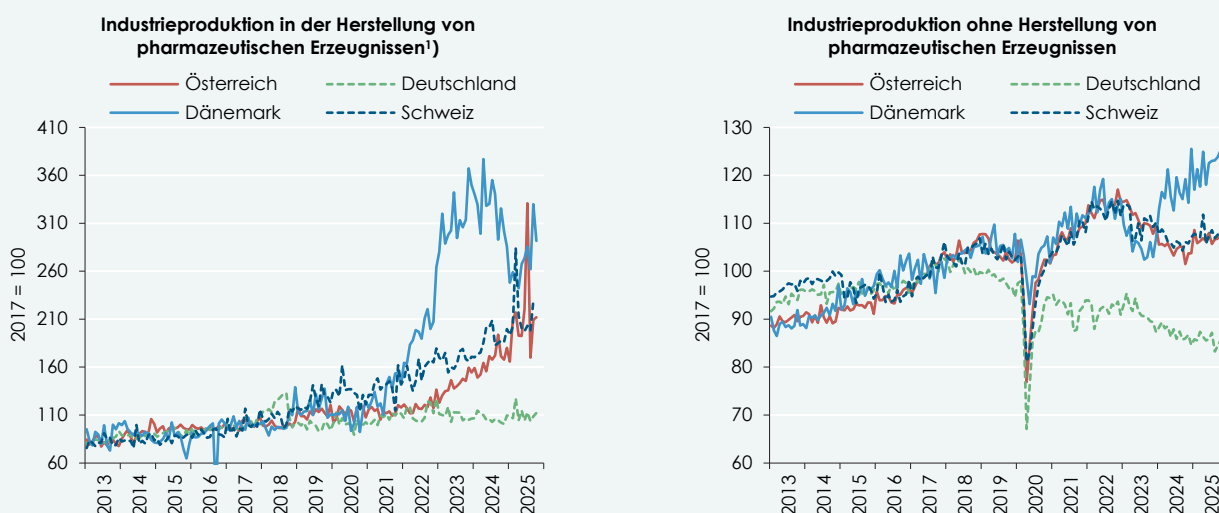
2.1 Pharmazeutische Industrie und Shift-Share-Analyse

Aufgrund der hohen Nachfrage nach pharmazeutischen Produkten entwickelte sich der entsprechende Industrieproduktionsindex für die Schweiz und Dänemark deutlich günstiger als der Gesamtindex. Verantwortlich dafür ist nicht nur die kräftige Produktionsausweitung in den vergangenen Jahren, sondern auch das hohe Gewicht dieser Branche innerhalb der dortigen Industrie. Die pharmazeutische Industrie (C21) blieb nicht nur von der Anfang 2023 einsetzenden Industrierezession in Europa verschont, sondern konnte in der Schweiz, Dänemark und Österreich kräftig zulegen.

Abgesehen von der pharmazeutischen Industrie und der Herstellung sonstiger Waren entwickelte sich die dänische Industrie deutlich schwächer als die österreichische.

Abbildung 2: Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen im Ländervergleich

Produktionsindex, saison- und arbeitstagsbereinigt



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen, Macrobond. – ¹⁾ Vom Produktionsindex für die Herstellung von Waren (NACE 2008, Abschnitt C) wurde der gewichtete Produktionsindex der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (NACE 2008, Abteilung C21) abgezogen. Der berechnete Index wurde auf 2017 = 100 umbasiert. Gewichte gemäß Übersicht 2 in Scheiblecker (2025).

³⁾ Dazu zählt z. B. die Produktion von Sportartikeln, Spielwaren und Musikinstrumenten.

⁴⁾ Für die NACE-Abteilungen Herstellung von chemischen Erzeugnissen (C20, viertwichtigster Industrie-

zweig) und Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (C10, fünftwichtigster Industriezweig) sind im Fall der Schweiz keine Produktionsindizes verfügbar.

Die heimische Pharma-industrie wächst seit 2023 markant kräftiger als in den Vergleichsländern.

Die pharmazeutische Industrie ist eigenen Gesetzmäßigkeiten unterworfen und steht eher in einem monopolistischen Wettbewerb. So ist der Boom in der pharmazeutischen Industrie Dänemarks fast ausschließlich einem Unternehmen (Novo Nordisk) geschuldet. Die Erfindung eines Abnehmpräparates bescherte dem Unternehmen immense Umsatzsteigerungen. Seit dem Auftreten von Generika ist das Wachstum von Novo Nordisk jedoch deutlich abgeebbt. Auch ein Einbruch der Produktion in naher Zukunft ist nicht auszuschließen.

Zudem kam es Anfang 2025 zu einem deutlichen Anstieg der europäischen Arzneimittelexporte in die USA, da die von der dortigen Regierung angedrohte Erhöhung von Importzöllen zu Vorziehkäufen führte.

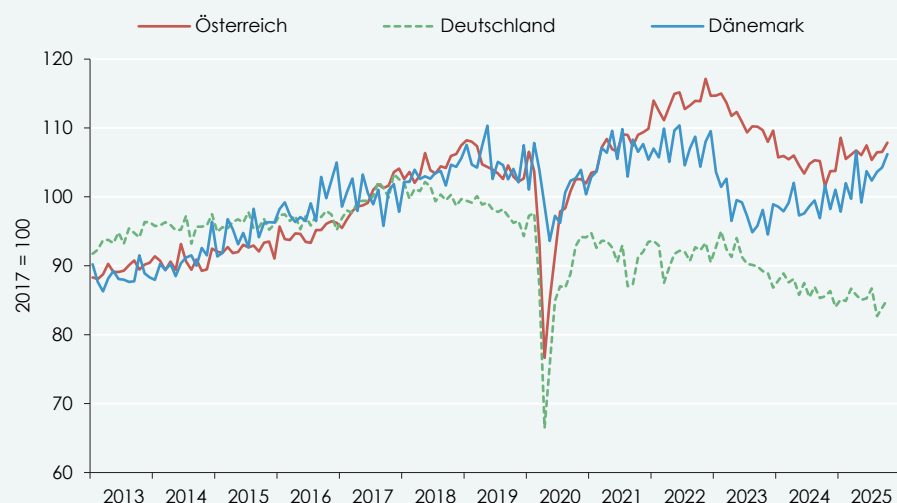
Im Durchschnitt Jänner bis Oktober 2025 lag der Produktionsindex der pharmazeutischen Industrie in Österreich um rund 50% über

dem Jahresdurchschnitt 2023. In der Schweiz betrug der Anstieg knapp 30% (bis September 2025), in Deutschland ergab sich eine Stagnation. Dänemark büßte im selben Zeitraum gut 14% seiner pharmazeutischen Produktion ein. Dort hatte sich der Index zwischen 2020 und 2024 allerdings verdreifacht, was der lebhaften Nachfrage nach den Produkten von Novo Nordisk zuzurechnen ist.

Abbildung 2 (rechte Grafik) stellt die Industrieproduktion der vier Länder ohne die pharmazeutische Industrie dar. Während sich die Entwicklung in Österreich und Deutschland durch den Ausschluss dieses Industriezweiges kaum verändert, gleicht der Industrieproduktionsindex der Schweiz nun jenem Österreichs. Der Verlauf ist sowohl in den Jahren vor der Pandemie als auch ab 2020 fast deckungsgleich. Auch der Einbruch der internationalen Konjunktur ab 2023 spiegelt sich in beiden Indizes in gleichem Ausmaß.

Abbildung 3: Industrieproduktion ohne Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen und sonstigen Waren

Saison- und arbeitstagsbereinigt



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen, Macrobond. Vom Produktionsindex für die Herstellung von Waren (NACE 2008, Abschnitt C) wurden die gewichteten Produktionsindizes der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (NACE 2008, Abteilung C21) und der Herstellung von sonstigen Waren (NACE 2008, Abteilung C32) abgezogen. Der berechnete Index wurde auf 2017 = 100 umbasiert. Gewichte gemäß Übersicht 2 in Scheiblecker (2025).

Abgesehen von der Pharma-industrie verlief die Industrieproduktion Österreichs und der Schweiz seit 2017 nahezu deckungsgleich.

In Dänemark wäre die Industrieproduktion ohne die Impulse der pharmazeutischen Industrie ab Ende 2022 sogar schwächer verlaufen als in Österreich, allerdings stieg die Produktion Anfang 2024 sprunghaft an. Dieser Sprung lässt sich auf die hohen Zuwächse in der Herstellung von sonstigen Waren (C32) zurückführen. Bereinigt man auch um diese Branche, so bleibt die Leistung Dänemarks ab Mitte 2021 deutlich hinter jener Österreichs zurück (Abbildung 3)⁵⁾. Die Lücke

vergrößerte sich mit dem Konjunktüreinbruch 2023, verringerte sich aber ab 2024 wieder spürbar.

Eine weitere Möglichkeit des Ländervergleichs ist die Umgewichtung der Branchen der Vergleichsländer auf Basis der heimischen Industriestruktur (Abbildung 4). Bei dieser Shift-Share-Analyse werden zwar keine Branchen aus dem Vergleich ausgeschlossen, allerdings wird ihnen das Gewicht bei-

⁵⁾ Der Vergleich mit der Schweiz unterbleibt in diesem Fall, da die Herstellung von sonstigen Waren in der Konjunkturstatistik nicht gesondert ausgewiesen wird.

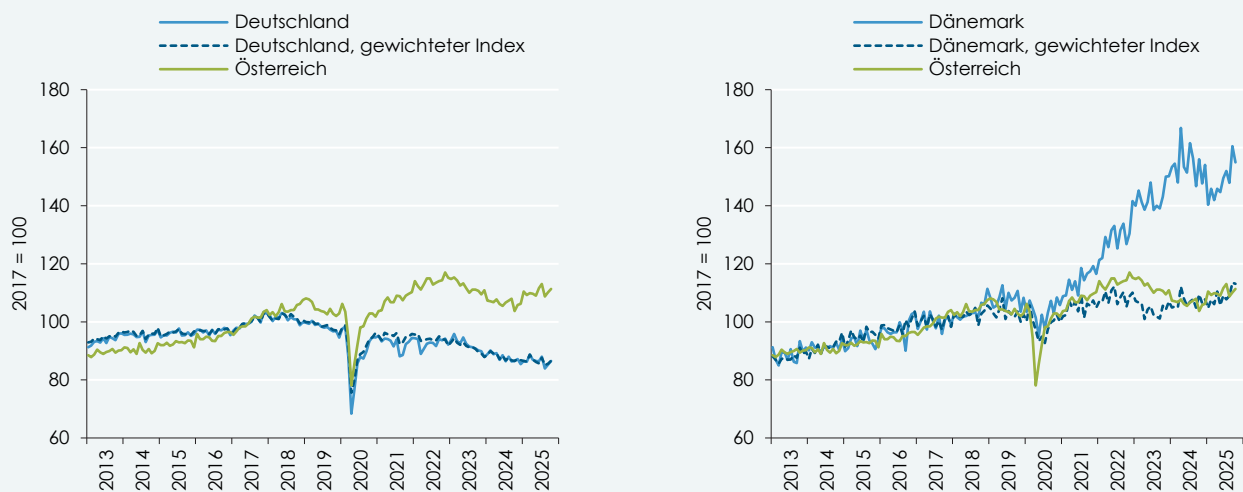
Allerdings würde die Bereinigung um diesen Wirtschaftsbereich wenig an der Dynamik ändern, da er in der Schweiz nur eine untergeordnete Rolle spielt.

gemessen, welches ihnen in Österreich zukommt. Es ergibt sich ein ähnliches Bild wie oben: Im Falle Deutschlands ändert die Anwendung der österreichischen Industriestruktur nur wenig am Indexverlauf, da der Branchenmix nicht so sehr vom österreichischen abweicht. Die deutsche Industrieproduktion folgt auch in dieser Variante einem Abwärtstrend, den – anders als in Österreich – auch die jüngste Konjunkturaufhellung im Euro-Raum nicht zu stoppen vermochte.

Im Vergleich mit Dänemark zeigt sich nach der Umgewichtung hingegen ein schlechteres Abschneiden der dänischen Industrie in den Jahren 2022 und 2023. 2024 wurde Österreich allerdings wieder eingeholt, seither bewegen sich die Indizes im Gleichschritt. Für die Schweiz muss der Vergleich unterbleiben, da die Konjunkturstatistik nicht im erforderlichen Detailgrad vorliegt.

Abbildung 4: **Gewichtete Produktionsindizes für Deutschland und Dänemark**

NACE 2008, Abschnitt C, saison- und arbeitstagsbereinigt



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen, Macrobond. Die gewichteten Indizes wurden mit den österreichischen Wertschöpfungsanteilen gemäß Übersicht 2 in Scheiblecker (2025) berechnet und auf 2017 = 100 umbasiert. Dänemark: ohne Herstellung von Leder, Lederwaren und ähnlichen Produkten aus anderen Materialien (NACE 2008, Abschnitt C15) und ohne Kokerei und Mineralölverarbeitung (C19).

Der Wachstumsvorsprung in der Industrieproduktion, den Dänemark und die Schweiz gegenüber Österreich aufweisen, lässt sich somit klar auf deren florierende Pharmaproduktion zurückführen. Die ausgeprägte Konzentration auf die pharmazeutische Industrie könnte sich jedoch in einen Nachteil verkehren, falls die USA ihre Drohung einer drasti-

schen Zollerhöhung auf Pharmazeutika wahrnehmen. In Österreich und Deutschland ist die Produktionsstruktur wesentlich diversifizierter und daher resilienter. Die pharmazeutische Industrie macht in beiden Ländern nur einen geringen Teil der gesamten Industrieproduktion aus.

3. Vergleich energieintensiv produzierender Industriezweige

Der deutliche Anstieg der Energiepreise in Europa ab dem Jahr 2022 hat zu erheblichen Kostensteigerungen in energieintensiv produzierenden Industriezweigen geführt. Die Entwicklung der Energiepreise (allen voran von Strom) verlief in den Mitgliedsländern der EU unterschiedlich, wofür nicht zuletzt die gesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie auch deren Auslaufen verantwortlich waren. Da die Energiepreise in energieintensiv produzierenden Branchen eine wesentliche Kostenkomponente sind, beeinflussen sie auch die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten.

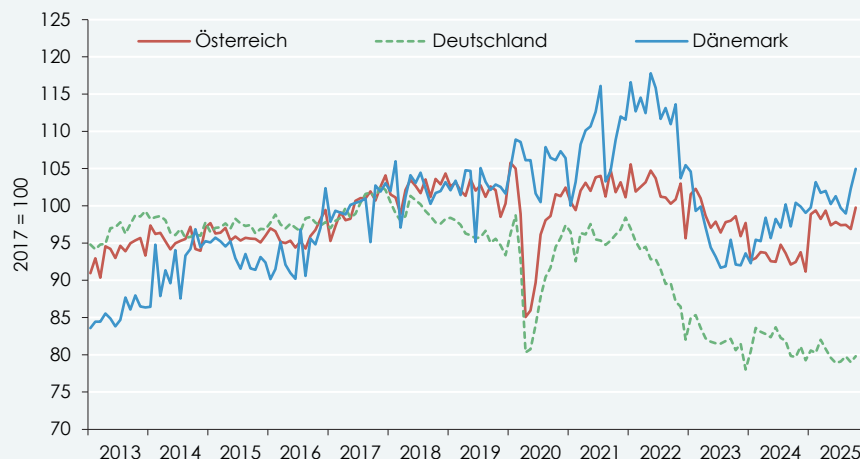
Zu den energieintensiv produzierenden Industriezweigen zählen die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (C17), die Kokerei und Mineralölverarbeitung (C19), die Herstellung von chemischen Erzeugnissen (C20), von Gummi- und Kunststoffwaren (C22), von Glas und Glaswaren, Keramik, einschließlich der Verarbeitung von Steinen und Erden (C23), sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung (C24). Der Anteil dieser Bereiche an der gesamten Warenproduktion war in Österreich im Basisjahr 2021 mit 26% höher als in den drei Vergleichsländern (Deutschland: 22%, Schweiz: 13¼%, Dänemark (ohne C19): 14%).

Der Output der energieintensiv produzierenden Industriezweige schrumpfte ab 2022 deutlich, konnte sich in Dänemark und Österreich seit Anfang 2025 aber wieder etwas erholen.

Aufgrund des mangelnden Detailgrades der Konjunkturstatistik ist im Fall der Schweiz keine Aufgliederung nach energieintensiv produzierenden Wirtschaftsbereichen möglich. In den anderen drei Ländern ist die energieintensive Industrieproduktion seit Anfang 2022 deutlich geschrumpft (Abbil-

dung 5). Allerdings kam es in der jüngeren Vergangenheit sowohl in Dänemark als auch in Österreich zu einem Wiederanstieg der Produktion. Lediglich in Deutschland folgte auch die energieintensive Produktion weiter dem allgemeinen Abwärtstrend der Industrie.

Abbildung 5: **Industrieproduktion in energieintensiven Sektoren**
Saison- und arbeitslagsbereinigt



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen, Macrobond. Energieintensive Sektoren: Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (NACE 2008, Abschnitt C17), Kokerei und Mineralölverarbeitung (C19), Herstellung von chemischen Erzeugnissen (C20), Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (C22), Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (C23) und Metallerzeugung und -bearbeitung (C24). Die gewichteten Indizes wurden mit den jeweiligen Wertschöpfungsanteilen gemäß Übersicht 2 in Scheiblecker (2025) berechnet und auf 2017 = 100 umbasiert. Dänemark: ohne Kokerei und Mineralölverarbeitung (C19).

4. Vergleich der Arbeitsproduktivität

Zum Vergleich der Arbeitsproduktivität in der Industrie bieten sich zwei Datengrundlagen an. Zum einen kann die preisbereinigte Wertschöpfung laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) mit dem ebenfalls in der VGR ausgewiesenen Arbeitszeitvolumen in Beziehung gesetzt werden. Zum anderen weist auch die monatliche Konjunkturstatistik den Arbeitsinput in geleisteten Arbeitsstunden aus. Da die pharmazeutische Industrie aufgrund ihrer Sonderstellung auch hier einen Vergleich verzerren würde, wurde dieser Wirtschaftszweig nicht in die Betrachtung einbezogen.

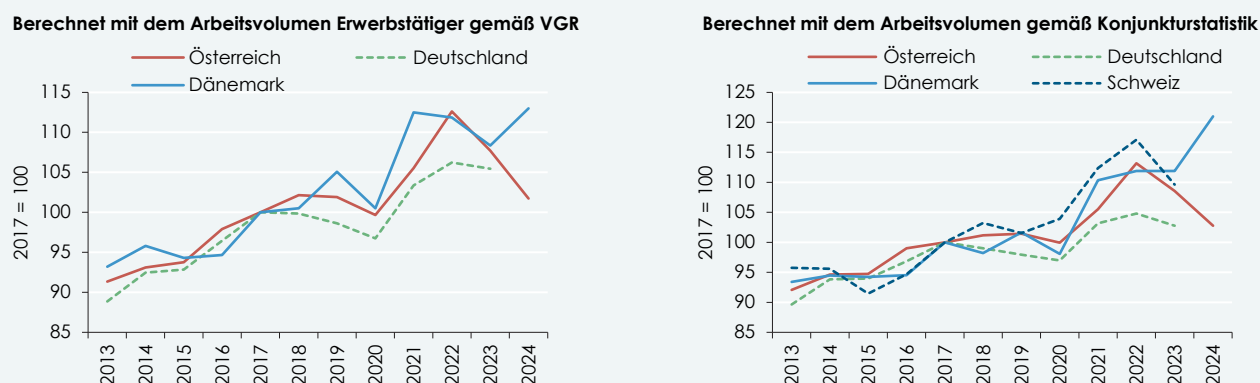
Einschränkend ist festzustellen, dass es sich bei der Wertschöpfung für das Jahr 2024 um eine vorläufige Schätzung der statistischen Ämter handelt, da die Umfragedaten zu den von den Unternehmen bezogenen Vorleistungen⁴⁾ erst mit zwei Jahren Verzögerung, also derzeit nur bis 2023, zur Verfügung stehen.

Die linke Grafik in Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde (Erwerbstätige) für die Herstellung von Waren (ohne pharmazeutische Industrie) gemäß VGR, die rechte Grafik die Stundenproduktivität der unselbstständig Beschäftigten auf Basis des Arbeitszeitvolumens laut Konjunkturstatistik. Die Schweiz konnte aufgrund fehlender Daten zum Arbeitsvolumen laut VGR nur in der Variante laut Konjunkturstatistik berücksichtigt werden.

Bis zum Jahr 2018 entwickelte sich die Stundenproduktivität in den Vergleichsländern ähnlich, danach fiel Deutschland zurück. Im Jahr 2023, dem letzten Jahr, für das originäre Vorleistungs- und Wertschöpfungsdaten vorliegen, sank die Produktivität in Österreich. Bis 2023 war die Entwicklung allerdings ähnlich günstig wie in Dänemark und der Schweiz. Einen deutlichen Rückfall gegenüber Dänemark lassen die vorläufigen Werte des Jahres 2024 erkennen. Für die Schweiz und Deutschland sind für dieses Jahr noch keine Daten verfügbar.

⁴⁾ Es gilt: Produktionswert (Output) – Vorleistungen = Wertschöpfung.

Abbildung 6: **Stundenproduktivität in der Herstellung von Waren ohne Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen**
Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen, Macrobond. Herstellung von Waren (NACE 2008, Abschnitt C) ohne Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (NACE 2008, Abteilung C21): Die Bruttowertschöpfung wurde nach dem Chain-Link-Verfahren und das Arbeitsvolumen laut VGR per Differenz berechnet. Der Index der geleisteten Arbeitszeit laut Konjunkturstatistik wurde gewichtet abgezogen und das Ergebnis auf 2017 = 100 umbasiert (Gewichte gemäß Übersicht 2 in Scheiblecker, 2025).

5. Entwicklung der Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen

Wie bereits in den Analysen der vergangenen Jahre angemerkt, ist die Entwicklung der Produktion nur ein unzureichendes Maß der Wettbewerbsfähigkeit. Wird aufgrund der scharfen Konkurrenz eine geringe Preissetzungsmacht der heimischen Industrieunternehmen auf den internationalen Märkten unterstellt, so könnten sich die österreichischen Produzenten gezwungen sehen, ihre Preise an jene der Konkurrenz anzupassen. Eine höhere Belastung heimischer Unternehmen durch gestiegene Lohnkosten und bzw. oder Energiepreise würde in diesem Fall zwar nicht ihren realen Output, wohl aber ihre Profitabilität schmälern. Dies könnte sich in weiterer Folge in einem Rückgang der Investitionen, einer Abwanderung von Unternehmen ins Ausland und einem Verlust an Standortattraktivität bemerkbar machen. Daher wird ergänzend die Entwicklung der Bruttobetriebsüberschüsse (einschließlich Selbständigeneinkommen⁷⁾) analysiert. Die Bruttobetriebsüberschüsse sind jener Teil der Wertschöpfung, der nach Abzug der Entgelte für Arbeitskraft und nach Abführung von Produktionsabgaben (korrigiert um allfällige Subventionen) den Unternehmen zur Deckung der Abschreibungen und als Unternehmerlohn verbleibt.

Wie der Ländervergleich erkennen lässt, entwickelten sich die Bruttobetriebsüberschüsse

in Österreich – trotz des deutlich besseren Abschneidens bei Output und Produktivität – wesentlich schwächer als in Deutschland (Abbildung 7). Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Bittschi und Meyer (2025) und Friesenbichler et al. (2025). Während der reale Industrieoutput in Österreich 2013/2023 um 19% wuchs, erhöhte sich der nominelle Bruttobetriebsüberschuss nur um 13½%. In Deutschland schrumpfte im gleichen Zeitraum zwar der Industrieoutput um 6½%, allerdings stieg der Bruttobetriebsüberschuss um 35½%.

Noch drastischer ist der Abstand zu Dänemark. Dieses Ergebnis ist auch dann robust, wenn man die pharmazeutische Industrie ausklammert (Abbildung 7, rechte Grafik). Es scheint somit, als hätten sich die heimischen Industrieunternehmen ihre gute Position in der Produktion durch einen Rückgang der Gewinne erkaufte.

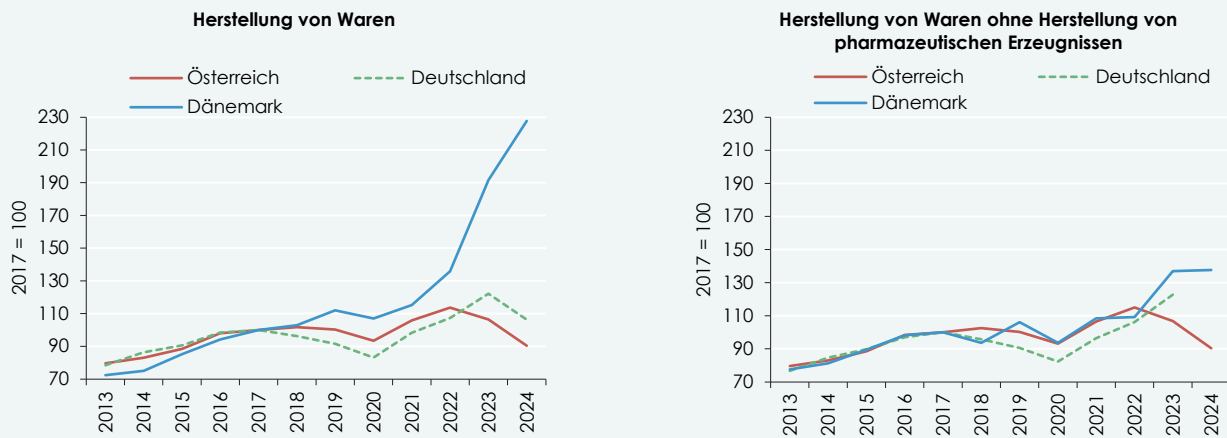
Eine solche Entwicklung könnte die Attraktivität Österreichs als Industriestandort beeinträchtigen. Unternehmen könnten vermehrt geneigt sein, ins Ausland abzuwandern, und seltener aus dem Ausland zuziehen. Da unzureichende Betriebsüberschüsse künftige Investitionen verhindern können, steht langfristig auch die solide Produktionsleistung auf dem Spiel.

In Deutschland konnten die Betriebsüberschüsse trotz sinkender Produktion ausgeweitet werden.

⁷⁾ Wenngleich der Betriebsüberschuss dem steuerlichen Konzept von Gewinnen entspricht, beeinträchtigen zahlreiche Unterschiede – wie z. B. Rücklagen, Rückstellungen, unterschiedliche zeitliche Abgrenzungen, vorzeitige Abschreibungen und Bewertungsan-

sätze – die Vergleichbarkeit. Zudem bezieht sich der Betriebsüberschuss nur auf die heimische Produktion, während in den Gewinnen auch die Ergebnisse von Direktinvestitionen im Ausland enthalten sind.

Abbildung 7: **Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen in der Herstellung von Waren**



Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen, Macrobond. Die VGR-Zeitreihen wurden zur besseren Vergleichbarkeit auf 2017 = 100 umbasiert.

6. Literaturhinweise

- Bittschi, B., & Meyer, B. (2025). Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 551-566. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892340>.
- Friesenbichler, K., Kügler, A., Schmidt-Padickakudy, N., & Robubi, A. (2025). Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig. *WIFO-Monatsberichte*, 98(8), 433-444. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61869013>.
- Janger, J., & Slickers, T. (2025). Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 567-582. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892423>.
- Reinstaller, A., & Friesenbichler, K. S. (2020). "Better Exports" – Technologie-, Qualitätsaspekte und Innovation des österreichischen Außenhandels im Kontext der Digitalisierung. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4152117>.
- Scheiblecker, M. (2023). Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 177-188. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/32282253>.
- Scheiblecker, M. (2025). Österreichs Industrieproduktion im internationalen Vergleich. Aktualisierung 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 98(1), 43-55. <https://www.wifo.ac.at/publication/421567/>.
- Statistik Austria (2025). Standard-Dokumentation Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu den Konjunkturindikatoren im Produzierenden Bereich. https://www.statistik.at/fileadmin/shared/QM/Standarddokumentationen/U/std_u_konjunkturindikatoren_prod-bereich_basis-2021_oenace-2008.pdf.

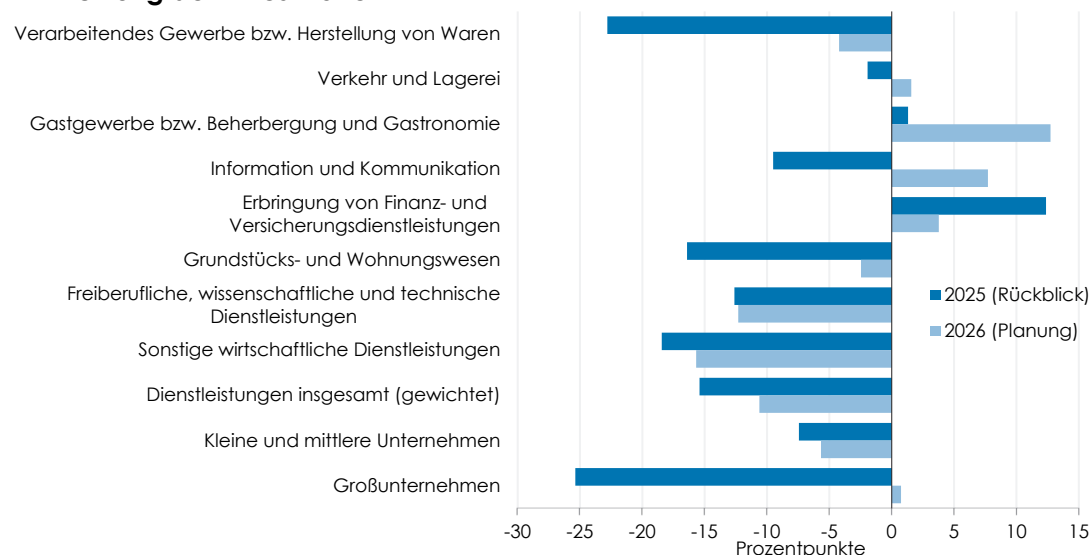
Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

- Im November 2025 befragte das WIFO rund 1.900 in Österreich tätige Unternehmen zu ihren Investitionsplänen. Die Befragungsergebnisse zeigen für 2025 eine insgesamt negative Entwicklung der Investitionen; auch der Ausblick auf 2026 bleibt skeptisch.
- Lediglich Finanz- und Versicherungsdienstleister meldeten für 2025 mehrheitlich eine Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit.
- Hinsichtlich der Investitionspläne für 2026 zeigt sich im Gastgewerbe und im Bereich Information und Kommunikation ein klarer Aufwärtstrend. In der Sachgütererzeugung zeichnet sich eine Bodenbildung auf niedrigem Niveau ab. In den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen sowie den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen plant die Mehrheit der Unternehmen weitere Kürzungen.
- Die Bodenbildung wird von Großunternehmen getrieben. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beabsichtigen mehrheitlich, ihre Investitionen zu reduzieren.
- Technologische Entwicklungen sind nach wie vor die wichtigste Triebkraft der Investitionstätigkeit. Die meisten der geplanten Investitionen dienen dem Ersatz von Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen weiterhin eine untergeordnete Rolle.

Entwicklung der Investitionen



"Laut den Ergebnissen der WIFO-Investitionsbefragung bleibt die Investitionsbereitschaft auch 2026 gering. Es zeichnet sich jedoch eine Bodenbildung ab, vor allem in der Sachgütererzeugung und in Großunternehmen."

Die WIFO-Investitionsbefragung weist Salden zwischen den Anteilen der Meldungen einer Ausweitung bzw. Reduktion der Investitionen in Prozentpunkten aus. Diese erlauben eine Abschätzung der Investitionsentwicklung auf Branchenebene (Q: WIFO-Investitionsbefragung).

Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025

Laut den Ergebnissen der WIFO-Investitionsbefragung ging die heimische Investitionsnachfrage im Jahr 2025 abermals zurück. Das Branchenbild lässt auf eine breite Investitionsschwäche schließen. Lediglich Finanz- und Versicherungsdienstleister meldeten 2025 mehrheitlich Investitionszuwächse. Die Investitionsdynamik dürfte auch 2026 sehr verhalten bleiben, wobei sich eine allmähliche Bodenbildung abzeichnet, getragen vor allem von Sachgütererzeugern und Großunternehmen. Kleine und mittelgroße Unternehmen gehen dagegen mehrheitlich von weiteren Investitionskürzungen aus. Auch in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen plant die Mehrheit der Unternehmen, ihre Investitionen 2026 weiter einzuschränken. Die Investitionstätigkeit wird vor allem durch technologische Entwicklungen getrieben. Am häufigsten dienen Investitionen dem Ersatz veralteter Anlagen oder Ausrüstungen. Kapazitätserweiterungen spielen eine untergeordnete Rolle.

JEL-Codes: D22, D25, G31 • **Keywords:** Investitionen, Prognose, Konjunkturtest, Befragung, Österreich

Begutachtung: Christian Glocker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at) •
Abgeschlossen am 15. 12. 2025

Kontakt: Klaus Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at)

Österreichs Volkswirtschaft überwand 2025 langsam die Rezession.

Nach zwei Jahren Rezession dürfte Österreichs Wirtschaft im Jahr 2025 mit +0,5% wieder moderat gewachsen sein, nachdem sie im Vorjahr noch um 0,7% geschrumpft war. Die in der zweiten Jahreshälfte 2025 beobachtete Konjunkturerholung wird sich verstetigen und das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2026 und 2027 um voraussichtlich gut 1% p. a. zulegen. Die Export- und Industriekonjunktur wird sich wieder beleben, bleibt jedoch weiterhin anfällig für Rückschläge. Die zunächst noch hohe Inflation wird schrittweise zurückgehen und im Durchschnitt des Jahres 2026 knapp über 2½% liegen, bevor sie sich 2027 der Marke von 2% nähert. Infolge der lebhaften Inflation sanken die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2025 und dürften auch 2026 nicht steigen. Der private Konsum wird demnach bis einschließlich 2027 nur wenig Dynamik entfalten (Ederer & Schiman-Vukan, 2025).

Die heimische Investitionsnachfrage ist seit 2023 rückläufig. Dies hat zahlreiche Gründe. So haben Unternehmen wegen der gedämpften Konjunkturstimmung, der flauen Auftragslage und der gestiegenen Lohnstück- und Finanzierungskosten ihre Investitionen vermehrt aufgeschoben. Zudem sind die Energiepreise in Europa weiterhin hoch. Auch wenn sich die Erzeugerpreise für Energie in Österreich schwächer verteuert haben als in anderen EU-Ländern, könnte ein Teil der energieintensiven Produktion mittelfristig ins außereuropäische Ausland verlagert werden, wo Energie billiger ist. Im Umkehrschluss wird in Österreich weniger investiert werden. Hinzu kommen der Wettbewerbsdruck, der vor allem von asiatischen Mitbewerbern ausgeht (Hölzl et al., 2025b; Friesenbichler et al., 2024), und die anhaltende Unsicherheit der Unternehmen. Laut WIFO-Konjunkturtest blieb die Unsicherheit in den investitionsin-

tensiven Branchen trotz kleiner Rückgänge bis zuletzt erhöht (Hölzl et al., 2025a). In der exportorientierten Sachgütererzeugung beeinflusste 2025 insbesondere die unvorhersehbare und erratische Zollpolitik der USA die unternehmerische Unsicherheit. Dieser Risikofaktor bleibt weiter relevant und dürfte auch in Zukunft die Investitionsbereitschaft dämpfen.

Da Kredite die Hauptquelle der Außenfinanzierung von Investitionen sind, beeinflusst der Zugang zu Krediten wesentlich die Finanzierungsmöglichkeiten. Im November 2025 lag die Kredithürde – definiert als Saldo des Anteils der Unternehmen, die die Kreditvergabe der Banken als entgegenkommend bezeichnen (positive Werte), und des Anteils jener, welche sie als restriktiv wahrnehmen (negative Werte) – trotz Verbesserung weit im negativen Bereich (–11,2 Punkte). Nach Unternehmensgröße ließen sich Unterschiede erkennen. So war die Kredithürde für kleinere Unternehmen (unter 50 Beschäftigte) höher (–14,6 Punkte) als für mittlere Unternehmen (50 bis 250 Beschäftigte –4,6 Punkte) und Großunternehmen (mehr als 250 Beschäftigte –8,7 Punkte). Die Kreditnachfrage sank im November 2025 leicht auf 20,2% der Unternehmen (langjähriger Durchschnitt: 20,8%).

Neben der erschwerten Außenfinanzierung ist auch die Möglichkeit der Innenfinanzierung zunehmend beschränkt. Die Bruttobetriebsüberschüsse, das Maß der Kapitaleinkommen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), schrumpften im Jahr 2024. Angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche kürzen Unternehmen nicht unbedingt notwendige Ausgaben und Investitionen, um nicht in finanzielle Schieflage zu geraten. Die Ertragsraten der Unternehmen scheinen ebenfalls unter Druck (Friesenbichler et al., 2025), vor allem exportinten-

sive Unternehmen haben die inflationsbedingte Steigerung der Lohnstückkosten auf den Auslandsmärkten nicht weitergegeben.

Laut WIFO-Prognose wurden die realen Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und sonstige Anlageinvestitionen) im Jahr 2025 um 1,0% ausgeweitet. 2026 dürften sie neuerlich leicht wachsen (+1,5%). Diese Prognose der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit basiert auf vorläufigen VGR-Daten von Statistik Austria. Die VGR-Quartalsrechnung (Stand 5. Dezember 2025) wies für die ersten drei Quartale 2025 ein Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr von 1,5% aus – bei beträchtlichen Unterschieden nach Investitionstyp. Während Investitionen in Ausrüstungs- und Waffensysteme laut den VGR-Daten um 7,6% stiegen, waren die Bauinvestitionen (–1,4%) und die Investitionen in sonstige Anlagen (–0,3%) rückläufig¹⁾.

Die VGR unterscheidet Investitionen nur nach ihrem Typ und nicht nach Branchen. Zudem handelt es sich um Berechnungen, die mitunter beträchtlichen Revisionen unterliegen. Um zeitnahe, disaggregierte Informationen über die Investitionstätigkeit zu erhalten, befragt das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests regelmäßig in Österreich tätige Unternehmen zur Entwicklung ihrer Investitionen. Die Ergebnisse dieser WIFO-Investitionsbefragung erlauben, wie in der Vergangenheit jene des WIFO-Investitionstests, eine frühzeitige Abschätzung der Investitionsentwicklung in Österreich.

Die nachstehend beschriebenen Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025 zeichnen – in Übereinstimmung mit dem WKÖ-Wirtschaftsbarometer – ein deutlich trüberes Bild der Investitionstätigkeit als die VGR-Daten.

Die Finanzierungsbedingungen bleiben angespannt.

Die WIFO-Investitionsbefragung

Das WIFO erhebt im Rahmen des Konjunkturtests regelmäßig die Investitionsabsichten in Österreich tätiger Unternehmen. Die so gewonnenen Befragungsdaten leisten einen wesentlichen Beitrag zur Abschätzung der gesamten unternehmerischen Investitionstätigkeit in Österreich.

Die Stichprobe umfasste zuletzt rund 1.900 Unternehmen aus dem privaten Sektor und berücksichtigt die folgenden NACE-Rev.-2-Abschnitte: Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Die Repräsentativität der Befragung wird im Anhang ausgewiesen.

Die befragten Unternehmen werden auch nach ihrer Betriebsgröße klassifiziert, wobei Unternehmen mit zumindest 250 Beschäftigten als Großunternehmen und jene mit weniger als 250 Beschäftigten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) definiert werden. Auch Auswertungen nach Bundesländern sind möglich.

Mit der WIFO-Investitionsbefragung wird der WIFO-Investitionstest weitergeführt, der von 1963 bis zum Frühjahr 2021 als eigenständige Befragung durchgeführt wurde und seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturforschung in der Europäischen Union war, das von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen – GD ECFIN) finanziell unterstützt wird.

¹⁾ Siehe <https://www.wko.at/oe/news/konjunkturumfrage-wirtschaftsbarometer> (abgerufen am 11. 12. 2025).

1. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung

1.1 Investitionen 2025 weiter gekürzt – verhaltener Ausblick für 2026

Die Mehrzahl der heimischen Unternehmen gab an, ihre Investitionen 2025 reduziert zu haben.

Für 2026 zeichnet sich hinsichtlich der Investitionsdynamik eine Bodenbildung ab. Vor allem in der Warenherstellung meldeten weniger Unternehmen als bisher weitere Investitionskürzungen.

Die befragten Unternehmen gaben mehrheitlich an, ihre Investitionstätigkeit im Jahr 2025 eingeschränkt zu haben. Der Saldo zwischen dem Anteil der Unternehmen, die ihre Investitionen 2025 ausweiteten, und dem Anteil jener, die eine Verringerung meldeten, unterscheidet sich erheblich nach Branche. Positive Salden, die eine Ausweitung der Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr anzeigen, ergaben sich lediglich in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie im Gastgewerbe. In allen anderen Branchen sind die Salden dagegen negativ, insbesondere in der Herstellung von Waren und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Die Einschätzungen für das Jahr 2026 fielen verhalten aus. In der Herstellung von Waren²⁾, den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen und den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, wozu z. B. die Vermietung von beweglichen Sachen sowie die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften zählen, rechneten die befragten Unternehmen mehrheitlich mit einer erneuten Einschränkung der Investitionstätigkeit, wie an den negativen Salden ablesbar ist. Auch im Grundstücks- und Wohnungswesen wurde die Investitionsaktivität im Vergleich zu 2025 leicht rückläufig eingeschätzt, dort hielten sich positive und negative Erwartungen allerdings annähernd die Waage. Mit einer deutlichen Ausweitung der Investitionen rechneten Unternehmen im Gastgewerbe und im Bereich Information und Kommunikation.

Übersicht 1: Investitionen

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2025			Saldo	2026			Saldo
	Steigen In % der Meldungen	Gleich bleiben	Sinken		Steigen In % der Meldungen	Gleich bleiben	Sinken	
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	17	44	40	– 23	24	48	28	– 4
Verkehr und Lagerei	27	45	29	– 2	24	54	22	2
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	26	49	25	1	33	47	20	13
Information und Kommunikation	14	62	24	– 10	26	55	19	8
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15	82	3	12	22	60	18	4
Grundstücks- und Wohnungswesen	7	69	24	– 16	21	56	23	– 2
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	13	62	26	– 13	16	55	29	– 12
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	11	60	29	– 18	10	65	25	– 16
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	11	63	26	– 15	16	58	26	– 11
Kleine und mittlere Unternehmen	20	53	27	– 7	21	53	26	– 6
Großunternehmen	11	52	37	– 25	25	51	24	1

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2025. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

KMU rechnen weiterhin mit rückläufigen Investitionen. Die Investitionspläne von Großunternehmen stabilisieren sich.

Auch nach Unternehmensgröße zeigen sich beträchtliche Unterschiede. Für 2025 meldeten kleine und mittlere Unternehmen häufiger Kürzungen als Ausweitungen. Der negative Trend dürfte sich im laufenden Jahr fortsetzen. Dem gegenüber stehen Großunternehmen ab 250 Beschäftigten. Diese haben ihre Investitionen im Vorjahr zwar ebenfalls mehrheitlich zurückgefahren, 2026 dürfte allerdings die Talsohle erreicht sein, zumal sich positive und negative Antworten annähernd die Waage halten (Übersicht 1).

Innerhalb der Herstellung von Waren zeigte sich im Jahr 2025 ein Rückgang der Investitionen auf breiter Basis. Beinahe alle Teilbereiche reduzierten per Saldo ihre Investitionen. Lediglich Produzenten von nichtdauerhaften Konsumgütern melden mehrheitlich eine Ausweitung. Im Jahr 2026 hellt sich das Bild in einigen Segmenten auf. Produzenten von Investitionsgütern und Vorprodukten meldeten zwar neuerlich zurückhaltendere Pläne als im Vorjahr, allerdings dürfte sich der

²⁾ Im langfristigen Durchschnitt 2008/2017 machten die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes bzw. der Herstellung von Waren laut Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria 23,3% der gesamten

Investitionen des Unternehmenssektors aus (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen: 18,7%, Verkehr und Lagerei: 14,9%; Friesenbichler et al., 2021a).

Rückgang der Investitionsdynamik spürbar verlangsamen.

Dagegen ist vor allem im Bereich der (dauerhaften und nichtdauerhaften) Konsumgüter bereits eine Bodenbildung erkennbar. Dort überwiegen expansive Investitionspläne (Übersicht 2). Hersteller von Nahrungsmitteln und Getränken erweiterten ihre Investitionen

bereits 2025 und planen auch für das laufende Jahr leichte Ausweitungen. Die Schwierigkeiten der Kfz-Industrie spiegeln sich in der drastischen Verschlechterung des Saldos auf –42 Punkte im Jahr 2025. Von diesem niedrigen Niveau ausgehend überwiegen für das Jahr 2026 die positiven Meldungen.

Sachgütererzeuger melden für 2025 rückläufige Investitionen. Für 2026 zeichnet sich vor allem bei Produzenten von Konsumgütern eine Bodenbildung ab.

Übersicht 2: Investitionen der Sachgütererzeugung

	2025				2026			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozentpunkte	In % der Meldungen			Prozentpunkte
Vorprodukte	18	40	42	– 24	24	44	32	– 7
Investitionsgüter	10	46	44	– 34	20	53	27	– 7
Kraftfahrzeuge	14	31	55	– 42	37	36	28	9
Konsumgüter	27	49	24	4	31	45	24	7
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	17	47	36	– 19	19	72	9	10
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	29	49	22	7	33	41	26	7
Nahrungsmittel und Getränke	36	41	23	13	34	39	27	6

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2025. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Gewichtung

Es wurden zwei verschiedene Gewichtungsansätze gewählt, einer für die Beobachtungen innerhalb der Branchen und ein zweiter für Branchengruppen bzw. Sektoren.

Für einzelne Branchen werden die jeweiligen Beschäftigungsstände der Unternehmen als Gewichte herangezogen. Da Österreichs Wirtschaftsstruktur von wenigen Großunternehmen dominiert wird, werden Unternehmen ab 250 Beschäftigten mit einem Maximalwert von 250 berücksichtigt, d. h. sie erhalten – relativ gesehen – ein geringeres Gewicht, als ihnen aufgrund der Beschäftigtenanzahl tatsächlich zustünde.

Um gewichtete Aggregate von Branchengruppen zu erhalten (z. B. für die Klasse der "Konsumgüterproduzenten" oder den "Dienstleistungssektor" insgesamt), werden Gewichte auf sektoraler Ebene anhand der Variable "Gesamtinvestitionen" in den Daten der Leistungs- und Strukturhebung (LSE) der Statistik Austria berechnet. Die LSE ist die wichtigste Quelle für offizielle Investitionsdaten in Österreich. Um mögliche Verzerrungen aufgrund konjunktureller Schwankungen zu minimieren, wurde für die Berechnung der Gewichte – d. h. der Anteile der Branchengruppen – ein langfristiger Durchschnitt für den Zeitraum 2015/2021 herangezogen.

Übersicht 3: Investitionen nach Bundesländern

	2025				2026			
	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozentpunkte	In % der Meldungen			Prozentpunkte
Wien	16	57	27	– 11	23	54	22	1
Niederösterreich	17	51	32	– 15	15	54	31	– 16
Burgenland	23	49	28	– 5	51	38	11	40
Steiermark	15	46	39	– 25	18	54	29	– 11
Kärnten	18	55	28	– 10	19	59	22	– 4
Oberösterreich	13	53	34	– 21	20	53	27	– 7
Salzburg	17	53	31	– 14	29	47	24	6
Tirol	27	56	17	10	31	48	21	11
Vorarlberg	16	53	31	– 15	16	54	31	– 15

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2025. Die Stichprobe umfasst Unternehmen aus der Sachgütererzeugung und den Dienstleistungsbranchen. Das Bauwesen (Abschnitt F), der Handel (Abschnitt G) und der öffentliche Sektor werden nicht berücksichtigt. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . ." und "Im Vergleich zu heuer werden unsere Investitionen im nächsten Jahr . . .".

Vor allem Unternehmen in den Industriebundesländern meldeten 2025 rückläufige Investitionen.

Regional zeigen sich beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Investitionstätigkeit der in der Stichprobe enthaltenen Unternehmen. Für das Jahr 2025 meldeten Unternehmen in allen Bundesländern außer Tirol mehrheitlich Kürzungen. Vor allem die Industriebundesländer Steiermark, Oberösterreich und Vorarlberg verzeichneten empfindliche Rückgänge. Eine ausgeprägte regionale Spreizung zeigt sich in den Investitionsplänen für 2026. So sind die Salden für Niederösterreich, Vorarlberg, die Steiermark und Oberösterreich weiterhin negativ, jene für das Burgenland, Tirol, Salzburg und Wien dagegen positiv.

1.2 Investitionen weiterhin vor allem von der technologischen Entwicklung getrieben

Die Investitionen werden vorrangig von technologischen Entwicklungen getrieben.

Im Fragebogen erhebt das WIFO auch die wichtigsten Bestimmungsgründe der Investitionen, sowohl für das jeweils laufende Kalenderjahr zum Zeitpunkt der Befragung – die aktuelle Befragung wurde im November 2025 durchgeführt – als auch für das Folgejahr. Die Antwortkategorien lauten "Nachfrage und deren (wahrscheinliche) Entwicklung", "finanzielle Ressourcen", "technologische Entwicklungen" und "andere Faktoren". Mehrfachnennungen sind möglich.

Die wichtigste Triebkraft der Investitionen blieb 2025 die technologische Entwicklung,

vor allem im Dienstleistungssektor. Besonders ausgeprägt war ihre Bedeutung in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie im Bereich Information und Kommunikation. Technologie spielt als Einflussfaktor der Investitionstätigkeit auch in der Sachgütererzeugung eine wichtige Rolle. Großunternehmen schreiben ihr etwas häufiger ein höheres Gewicht zu als KMU (Übersicht 4).

Die Investitionsdynamik wird nach wie vor durch zahlreiche externe Faktoren beeinflusst. So dürften der Ukraine-Krieg, die weiterhin bestehende Unsicherheit und die Höhe der Erdgaspreise das Investitionsportfolio energieintensiver Unternehmen verändert haben. Mit Blick auf das Jahr 2025 beeinflussten auch branchenspezifische Regulierungen das Investitionsverhalten, etwa im Grundstücks- und Wohnungswesen, für das die Vergabe von Hypothekarkrediten relevant ist. Bis zur Jahresmitte 2025 kam hier eine makroprudenzielle Straffung bei Kreditnehmern zur Anwendung, die die Nachfrage reduzierte und somit auch indirekt auf die Investitionen einwirkte. Solche externen Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit werden zumindest teilweise durch die Kategorie "andere Faktoren" erfasst³⁾.

Übersicht 4: Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2025				2026			
	Nachfrage	Finanzielle Ressourcen	Technologische Entwicklungen	Andere Faktoren	Nachfrage	Finanzielle Ressourcen	Technologische Entwicklungen	Andere Faktoren
	In % der Meldungen							
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	34	10	54	35	40	11	52	34
Verkehr und Lagerei	34	16	50	27	41	19	47	22
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	41	17	30	42	50	16	33	36
Information und Kommunikation	36	7	73	17	36	12	77	15
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	18	17	75	18	11	15	79	25
Grundstücks- und Wohnungswesen	42	9	56	30	40	12	57	26
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	27	16	65	19	39	14	64	20
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	29	22	51	26	38	29	53	19
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	47	19	51	21	47	20	52	19
Kleine und mittlere Unternehmen	31	14	50	32	37	15	52	31
Großunternehmen	35	11	63	26	42	14	60	22

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2025. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Was sind die wichtigsten Faktoren, die Sie heuer zu Investitionen anregen?" und "Was sind die wichtigsten Faktoren, die Sie im nächsten Jahr zu Investitionen anregen werden?" (Mehrfachnennungen möglich).

³⁾ Siehe auch Friesenbichler et al. (2021a).

Gemessen am ungewichteten Durchschnitt aller Branchen war 2025 die Nachfrage der am zweithäufigsten genannte Einflussfaktor. Besonders hoch war der Anteil der Nennungen im Gastgewerbe sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen, am geringsten in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen. An dritter Stelle hinter der Nachfrage folgen "andere Faktoren". Besonders häufig wurde diese Kategorie im Gastgewerbe und der Herstellung von Waren genannt.

Die Kategorie "finanzielle Ressourcen", die u. a. Zinssteigerungen und andere Erschwerisse im Finanzierungsumfeld abbildet (Friesenbichler et al., 2021 b), ist für die meisten Unternehmen nur ein untergeordneter Einflussfaktor der Investitionstätigkeit. Am häufigsten genannt wurde sie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und im Gastgewerbe. Im Grundstücks- und Wohnungswesen und im Bereich der Information und Kommunikation ist ihr Einfluss hingegen vernachlässigbar.

Die Einschätzung der Einflussfaktoren unterscheidet sich nach der Unternehmensgröße. Großunternehmen schreiben den Faktoren

Technologie und Nachfrage tendenziell eine höhere Bedeutung zu als KMU. "Andere Faktoren" wiederum werden von KMU als wichtiger erachtet als von Großunternehmen. Das Bild für 2026 ähnelt jenem des Vorjahres.

1.3 Ersatzinvestitionen überwiegen

Mit Investitionen können unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Der Fragebogen gibt vier Kategorien von Investitionszwecken vor: "Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen", "Kapazitätsausweitung", "Rationalisierung" und "andere Investitionszwecke". Mehrfachnennungen sind möglich⁴⁾.

Der wichtigste Investitionszweck war 2025 abermals der Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen. Er wurde vor allem in Verkehr und Lagerei, im Gastgewerbe sowie in der Herstellung von Waren überdurchschnittlich häufig genannt (Übersicht 5).

Rationalisierungsinvestitionen spielten vor allem in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, in der Herstellung von Waren und in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen eine überdurchschnittliche Rolle.

Neben der technologischen Entwicklung sind die Nachfrage und "andere Faktoren" die wichtigsten Einflussfaktoren der Investitionstätigkeit.

Ersatzinvestitionen blieben 2025 der häufigste Investitionstyp. 2026 dürfte sich dieses Muster fortsetzen.

Übersicht 5: Investitionszwecke
Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2025				2026			
	Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen	Kapazitäts-erweiterungen	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen oder Ausrüstungen	Kapazitäts-erweiterungen	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	In % der Meldungen							
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	46	11	30	13	41	14	30	15
Verkehr und Lagerei	60	12	15	13	56	18	13	13
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	57	7	20	16	52	9	22	17
Information und Kommunikation	32	18	25	25	25	22	30	23
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	30	5	35	30	28	7	41	24
Grundstücks- und Wohnungswesen	33	17	26	24	29	22	33	17
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	41	12	27	19	39	13	27	21
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	36	16	22	25	25	21	26	29
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	40	19	26	15	35	25	28	12
Kleine und mittlere Unternehmen	45	12	25	17	42	14	27	17
Großunternehmen	43	10	29	18	34	17	29	20

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2025. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Was sind heuer die wichtigsten Ziele Ihrer Investitionen?" und "Was werden im nächsten Jahr die wichtigsten Ziele Ihrer Investitionen sein?" (Mehrfachnennungen möglich). Den Vorgaben der Europäischen Kommission folgend werden diese Fragen anteilmäßig ausgewertet, wobei die Anteile in Summe 100% ergeben.

⁴⁾ Im Einklang mit den Vorgaben der Europäischen Kommission werden diese Fragen anteilmäßig ausgewertet, wobei die Anteile in Summe 100% ergeben.

Andere Investitionszwecke werden insbesondere in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, der Information und Kommunikation sowie in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen häufig verfolgt. Der anhaltend schwachen Konjunktur entsprechend sind Kapazitätserweiterungen sowohl in der Rück- als auch in der Vorausschau nur von untergeordneter Bedeutung. Am häufigsten gemeldet wurden sie für 2026 von Unternehmen im Grundstücks- und Wohnungswesen und in der Information und Kommunikation.

Kleine und mittelgroße Unternehmen nannten etwas seltener als Großunternehmen Rationalisierungsinvestitionen als Investitionsziel. Erweiterungsinvestitionen spielen zwar insgesamt eine geringe Rolle, wurden aber ebenfalls etwas häufiger von Großunternehmen gemeldet.

2026 dürften sich die Investitionsmotive etwas verschieben. So dürften Erweiterungsinvestitionen etwas an Bedeutung gewinnen und Ersatzinvestitionen leicht an Gewicht einbüßen. Dieser Trend ist bei Großunternehmen ausgeprägter als bei KMU.

2. Literaturhinweise

Ederer, S., & Schiman-Vukan, S. (2025). Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65093292>.

Friesenbichler, K. S., Bilek-Steindl, S., & Glocker, C. (2021a). Österreichs Investitionsperformance im internationalen Vergleich und sektoralen Vergleich. Erste Analysen zur COVID-19-Krise. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4673721>.

Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., Köppl, A., & Meyer, B. (2021b). Investitionen in die Digitalisierung und Dekarbonisierung in Österreich. Treiber, Hemmnisse und wirtschaftspolitische Hebel. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4808308>.

Friesenbichler, K., Kögler, A., & Reinstaller, A. (2024). The impact of import competition from China on firm-level productivity growth in the EU. *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, 86(2), 236-256.

Friesenbichler, K., Kögler, A., Schmidt-Padickakudy, N., & Robubi, A. (2025). Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig. *WIFO-Monatsberichte*, 98(8), 433-444. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61869013>.

Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kögler, A. (2025a). Konjunktüreinschätzungen kaum verändert. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 98(11), 595-604. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64554503>.

Hölzl, W., Friesenbichler, K., Kögler, A., & Meyer, B. (2025b). Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 98(7), 373-382. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61122737>.

3. Anhang: Repräsentationsgrad der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025

Übersicht 1: **Repräsentationsgrad der Stichprobe**
Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte Gemeldet	Beschäftigte Insgesamt ¹⁾	Repräsentations- grad in %
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	443	43.834	674.191	6,5
Verkehr und Lagerei	143	7.692	193.084	4,0
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	256	8.272	202.648	4,1
Information und Kommunikation	99	6.354	104.763	6,1
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	49	4.773	102.711	4,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	62	4.021	29.822	13,5
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	327	10.921	138.322	7,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	136	9.748	214.608	4,5
Kleine und mittlere Unternehmen ²⁾	1.708	72.515	846.648	8,6
Großunternehmen ²⁾	167	41.750	813.501	5,1

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2025. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2023 (letztverfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die Statistik Austria aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Übersicht 2: **Repräsentationsgrad der Stichprobe – Sachgütererzeugung**

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte Gemeldet	Beschäftigte Insgesamt ¹⁾	Repräsentations- grad in %
Vorprodukte ²⁾	200	20.221	294.595	6,9
Investitionsgüter ²⁾	132	14.214	220.465	6,4
Kraftfahrzeuge	8	1.402	37.120	3,8
Konsumgüter	111	9.399	159.131	5,9
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter) ²⁾	32	2.600	32.081	8,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	79	6.799	127.050	5,4
Nahrungsmittel und Getränke	49	4.908	81.742	6,0

Q: WIFO-Investitionsbefragung Herbst 2025. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2023 (letztverfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die Statistik Austria aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

1/2026 Austria's Economy Sees Light at the End of the Tunnel. Economic Outlook for 2025 to 2027

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

Austria's economy is recovering over the projection period from a recession that, according to the revised National Accounts, proved comparably severe to Germany's. The rebound is driven by private consumption, while foreign trade in goods continues to contract for the time being. Residential construction is picking up earlier than equipment investment, thanks to falling interest rates. Moderate wage settlements are expected to curb real-wage growth in 2026 and improve corporate profitability. Inflation will decline during the forecasting period, and the unemployment rate will reach a plateau.

January 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66406971>

Frühere Ausgaben

19/2025 Austrian Tourism is Attracting More Visitors

Oliver Fritz

December 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64899316>

18/2025 Economic Assessments Largely Unchanged. Results of the WIFO-Konjunkturtest (Business Cycle Survey) Quarterly Survey of October 2025

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

December 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64899238>

17/2025 Marked Increase in Relative Unit Labour Costs in 2024

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

December 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64716243>

16/2025 Austria Gradually Emerges from Recession. Economic Outlook for 2025 and 2026

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

October 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63516594>

15/2025 Key Indicators of Climate Change and the Energy Sector in 2025. Special Topic: The Role of Grid-scale Battery Storage in the Energy Transition

Bernhard Kasberger, Daniela Kletzan-Slamanig, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Franz Sinabell, Mark Sommer

October 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63048757>

14/2025 Influence of Agricultural Commodity Prices on Food Prices Wanes

Franz Sinabell

September 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62857170>

13/2025 Economic Assessments Begin to Stabilise at the Start of Summer. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of July 2025

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

September 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62453959>

12/2025 The Quality of Economic Forecasts in Times of Extraordinary Crises

Marcus Scheiblecker

July 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/61086045>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-reports-on-austria/>

Schutzwälder in Österreich

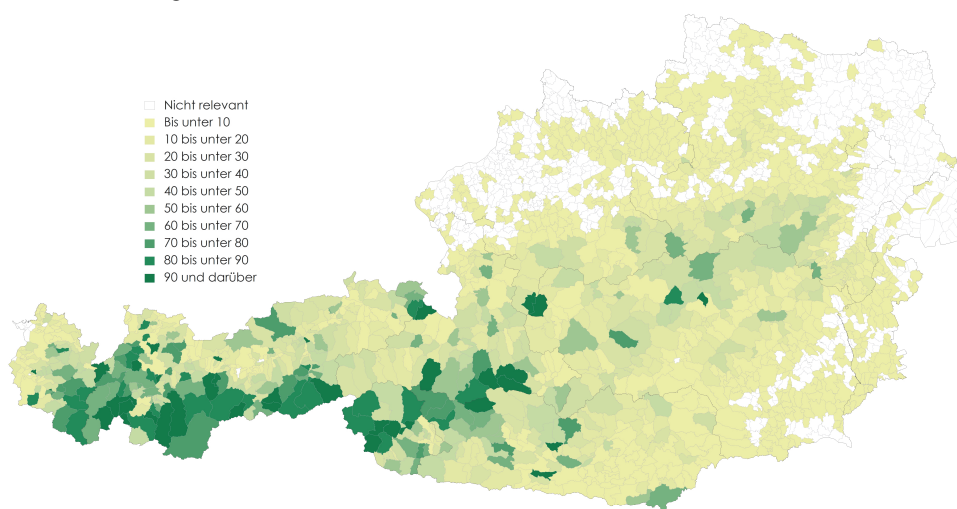
Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

Hans Pitlik, Franz Sinabell (WIFO)

- Neben der Holzproduktion erfüllen Wälder viele Funktionen. Durch ihre Erholungs-, Wohlfahrts- und Schutzfunktion nutzen sie der Allgemeinheit.
- 16% der heimischen Wälder schützen direkt Objekte wie Gebäude und technische Infrastruktur und verringern die Gefahr von Lawinen, Steinschlag und flachgründigen Rutschungen.
- Das Potenzial der Gefahrenminderung hängt von der Qualität und dem Zustand der Schutzwälder ab, die Schutzwirkung ist jedoch in vielen Regionen Österreichs eingeschränkt. Oft ist den geschützten Personen der Wert von Schutzwäldern gar nicht bewusst.
- Auf Basis von Berechnungen und Modellierungen des Bundesforschungszentrums für Wald (BFW) konnten jene Räume und wirtschaftlichen Aktivitäten identifiziert werden, die durch Schutzwälder potenziell geschützt werden. Dabei wurde vereinfachend eine hohe Schutzwirkung angenommen.
- Ein ungünstiger Zustand der Schutzwälder lässt sich zum Teil durch die Anreizstrukturen bei der Bewirtschaftung lokaler öffentlicher Güter erklären. Ein Lösungsansatz ist die Stärkung der lokalen Entscheidungsstrukturen, um Trittbrettfahrerverhalten und die Übernutzung des Waldes hintanzuhalten.

Anteil der Personen mit Hauptwohnsitz in Gebieten, die durch intakte Schutzwälder geschützt werden können

2022, Auswertung auf Gemeindeebene, in %



"Fast ½ Mio. Personen haben ihren Hauptwohnsitz in Zonen, die von Schutzwäldern potenziell geschützt werden. Ergebnisse der Waldinventur zeigen allerdings, dass sich beträchtliche Schutzwaldflächen in einem ungünstigen Zustand befinden."

Vor allem in Westösterreich wären große Anteile der ansässigen Bevölkerung von gravitativen Naturgefahren bedroht, wenn die Schutzwirkung der Wälder entfiel (Q: Freudenschuß et al., 2025).

Schutzwälder in Österreich

Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

Hans Pitlik, Franz Sinabell (WIFO)

Schutzwälder in Österreich. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

Wälder erfüllen in Österreich vielfältige Funktionen. Volkswirtschaftliche Betrachtungen berücksichtigen oft lediglich die Holzproduktion, während andere Nutzendimensionen außen vor bleiben. Eine wichtige Funktion der Wälder ist der Schutz vor Naturgefahren. So schützen 16% der österreichischen Waldfläche direkt Objekte wie Gebäude und technische Infrastruktur vor Lawinen, Steinschlag und flachgründigen Rutschungen. Aufgrund des mangelhaften Zustandes vieler Schutzwälder ist ihr Schutzpotenzial jedoch begrenzt. Unter der Annahme einer hohen Schutzwirkung und basierend auf Berechnungen des Bundesforschungszentrums für Wald wurden die potenziell von Wäldern geschützten Teile des österreichischen Bundesgebietes identifiziert. Die Schätzung der Wertschöpfung stützt sich auf feingliedrige regionalökonomische Daten. Der unbefriedigende Zustand vieler Schutzwälder resultiert aus verbesserungsfähigen Anreizstrukturen in der Governance lokaler öffentlicher Güter, die ein Trittbrettfahrerverhalten fördern. Als ein Lösungsansatz, um die Qualität der Schutzwälder zu verbessern und deren potenzielle Schutzwirkung zu heben, wird eine Stärkung der lokalen Entscheidungsstrukturen vorgeschlagen.

Protective Forests in Austria. Economic Relevance and Options for Improving Governance

Forests in Austria fulfil a wide range of functions. National economic assessments often focus solely on timber production, while other dimensions of benefits remain largely neglected. One particularly important function of forests is protection against natural hazards. Approximately 16 percent of Austria's forest area consists of protective forests that directly safeguard assets such as buildings and technical infrastructure from avalanches, rockfall and shallow landslides. However, due to the poor condition of many protective forests, their protective potential is limited. Assuming a high level of protective effectiveness and based on calculations by the Federal Research Centre for Forests, the areas of the Austrian national territory potentially protected by forests were identified. The estimation of value added relies on highly disaggregated regional economic data. The unsatisfactory condition of many protective forests results from suboptimal incentive structures in the governance of local public goods, which encourage free-rider behaviour. As a potential solution to improve the quality of protective forests and to enhance their protective function, a strengthening of local decision-making structures is proposed.

JEL-Codes: Q23, R50 • **Keywords:** Forstwirtschaft, Ökosystemleistungen, Forstpolitik

Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Studie des Bundesforschungszentrums für Wald, der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen und des WIFO: Freudenschuß, A., Sinabell, F., Wiesinger, G., Perzl, F., Huber, A., Rössel, M., Fromm, R., Teich, M., Gschwantner, T., Schadauer, K., Bauerhansl, C., Karel, S., Kopecky, K., Windisch-Ettenauer, K., Gabelberger, F., Reschenhofer, P., Streicher, G., Unterlass, F., Pitlik, H., Egartner, S., Grüneis, H., Oedl-Wieser, T., & Tamme, O. (2025). Die Bedeutung der Schutzwälder in Österreich und ihre regional- und volkswirtschaftliche Relevanz. Endbericht des Forschungsprojekt Nr. 101747. Bundesforschungszentrum für Wald. <https://dafne.at/projekte/wf-projekt-oko-schu-wa>.

Begutachtung: Alexandra Freudenschuß (BFW), Daniela Kletzan-Slamanig (WIFO) • **Wissenschaftliche Assistenz:** Fabian Unterlass (fabian.unterlass@wifo.ac.at), Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 22. 1. 2026

Kontakt: Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at)

Objektschutzwälder schützen Gebäude, technische Infrastruktur und andere Objekte vor Naturgefahren.

1. Schutzwälder und ihre Rolle im Alpenraum

Aufgrund seiner Topografie ist der Siedlungsraum in Österreich besonders von gravitativen Naturgefahren bedroht. Dabei handelt es sich um Massenbewegungen von Material (Fels, Lockergestein, Erde, Wasser oder Schnee), das sich getrieben durch die Schwerkraft (Gravitation) hangabwärts verlagert. Wälder können diese Verlagerungen verhindern oder abschwächen. Unter Schutzwald versteht man einen Wald, der diese Funktion der Gefahrenabwehr oder -minderung erfüllt. Zum Schutzwald

wird ein Wald nicht aufgrund bestimmter Eigenschaften, sondern durch den Umstand, dass schutzwürdige Räume oder Objekte in seinem Einflussbereich liegen.

Im österreichischen Forstgesetz 1975 (novelliert 2002) werden Schutzwälder als Wälder mit besonderer Schutzfunktion definiert und in folgende Hauptkategorien unterteilt:

- **Standortschutzwälder** (§ 21, Abs. 1) sind Wälder, "deren Standort durch die abtra-

genden Kräfte von Wind, Wasser oder Schwerkraft gefährdet ist". Sie schützen den Boden, auf dem sie stehen, den Bewuchs und ermöglichen die Wiederbewaldung.

- **Objektschutzwälder** (§ 21, Abs. 2) sind Wälder, die Personen, Siedlungen, Anlagen oder kultivierten Boden vor Elementargefahren (z. B. Lawinen, Steinschlag, Hangrutschungen) oder schädigenden Umwelteinflüssen schützen. Wie Standortschutzwälder erfordern auch Objektschutzwälder eine besondere Behandlung zur Sicherung ihrer Schutzwirkung¹⁾.
- Besonders schützenswerte Objektschutzwälder, die der direkten Abwehr spezifischer Naturgefahren dienen, können per Bescheid in Bann gelegt werden (**Bannwald**; § 27). Die Waldeigentümer:innen erhalten eine Entschädigung für die vorgeschriebenen Maßnahmen und die Einschränkungen infolge der Bannlegung.

Aufgrund der Bedeutung der Schutzwälder wurde in Österreich eine Schutzwaldpolitik entwickelt und durch den "Walddialog", ein Gremium von Interessenträger:innen, Forsteigentümer:innen und politischen Akteur:innen, ausformuliert (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft – BMLUK, ohne Jahr). Umgesetzt wird sie mit dem "Aktionsprogramm Schutzwald" (Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus – BMLRT, 2019), das 2019 vom Ministerrat beschlossen wurde. Mittlerweile liegt eine Evaluierung vor (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft – BMLRW, 2025), welche die Fortschritte in der Umsetzung dokumentiert.

Ein wesentliches Element des Aktionsprogrammes war die Sichtung der Befunde über die Situation der heimischen Schutzwälder. Auf dieser Basis wurde u. a. die genaue Lage der Schutzwälder bestimmt und ihre räumliche Verteilung auf einer Karte dargestellt. Die "Hinweiskarte Schutzwald"²⁾ zeigt anhand fachlicher Kriterien die potenzielle Schutzwaldkulisse im gesamten Bundesgebiet Österreichs. Als Planungsinstrument dient sie dem integralen Naturgefahrenmanagement und soll darüber hinaus die Öffentlichkeit für die Schutzfunktion der Wälder sensibilisieren. Der Begriff "potenziell" bedeu-

tet in diesem Zusammenhang, dass bei den Kriterien zur Definition der Schutzwälder deren aktueller Zustand, von dem die tatsächliche Schutzwirkung abhängt, nicht berücksichtigt wurde. Vielmehr wurde in der Modellierung eine vollständige Objektschutzwirkung angenommen. Die potenziellen Schutzfunktionsflächen unterliegen zudem einer ständigen Veränderung. Der Bau neuer Gebäude, Infrastruktur oder anderer Objekte erfordert die Nachführung der Schutzwaldkulisse.

Ein Ziel des Aktionsprogrammes war, den "Schutzwald in Wert zu setzen", um dessen Bedeutung im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Dazu wurde das Forschungsprojekt³⁾ "ÖKO-SCHU-WA" durchgeführt, in dem ein interdisziplinäres Team die volkswirtschaftliche Bedeutung der Schutzwälder untersuchte (Freudenschuß et al., 2025). Der Fokus lag auf Wäldern mit direkter Objektschutzfunktion, also solchen, die Gebäude und Infrastruktur schützen. Die vorliegende Evidenz deutete darauf hin, dass die Schutzwirkung der Wälder nicht überall das angestrebte Ausmaß aufweist. Aus regionalökonomischen Studien war zudem bekannt, dass in den geschützten Zonen die wirtschaftliche Dynamik teils deutlich zugenommen hatte. Welche Zonen das genau sind, war vor dem Projekt jedoch nicht bekannt, da die "Hinweiskarte Schutzwald" zwar die Schutzwälder ausweist, aber nicht den durch sie potenziell geschützten Raum.

Dieser Beitrag stellt die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojektes "ÖKO-SCHU-WA" vor (Freudenschuß et al., 2025). Kapitel 2 widmet sich zunächst der räumlichen Verteilung der Schutzwälder und deren Zustand. Kapitel 3 beschreibt, wie jene Zonen identifiziert wurden, die von Schutzwäldern potenziell geschützt werden, stellt die Daten und die Vorgehensweise vor, mittels derer die wirtschaftliche Aktivität in diesen Zonen bestimmt wurde, und präsentiert knapp Ergebnisse. Abschließend entwickelt Kapitel 4 aus politökonomischer Perspektive Optionen, wie die der Bewirtschaftung von Schutzwäldern immanenten Zielkonflikte abgeschwächt werden können, um den Zustand dieser Wälder und damit deren Schutzwirkung zu verbessern und nachhaltig abzusichern.

2. Räumliche Verteilung und Zustand der heimischen Objektschutzwälder

Objektschutzwälder bedecken in Österreich gemäß der Waldinventur 2016/2021 eine Fläche von rund 595.000 ha – dies entspricht 16% der gesamten Waldfläche. 31% der

Schutzwaldfläche befinden sich in Tirol, 21% in der Steiermark, jeweils 13% in Kärnten und Salzburg, 11% in Niederösterreich, und jeweils 5% in Oberösterreich und Vorarlberg.

¹⁾ Die Bestimmungen des Forstgesetzes für Objektschutzwälder gelten auch für den forstlichen Bewuchs in der Kampfzone des Waldes, sofern diesem eine hohe Schutzwirkung zukommt. Die Kampfzone ist die Zone zwischen der natürlichen Grenze forstlichen

Bewuchses und der tatsächlichen Grenze des geschlossenen Baumbewuchses (§ 2, Abs. 2).

²⁾ <https://www.schutzwald.at/karten/hinweiskarte-schutzwaldinoesterreich.html>.

³⁾ Die Ergebnisse des Projektes sind abrufbar unter: <https://dafne.at/projekte/wf-projekt-oko-schu-wa>.

Schutzwälder sind vor allem in den westlichen Bundesländern von großer Bedeutung. Wie die Ergebnisse der Waldinventur zeigen, sind allerdings beträchtliche Flächen in einem ungünstigen Zustand.

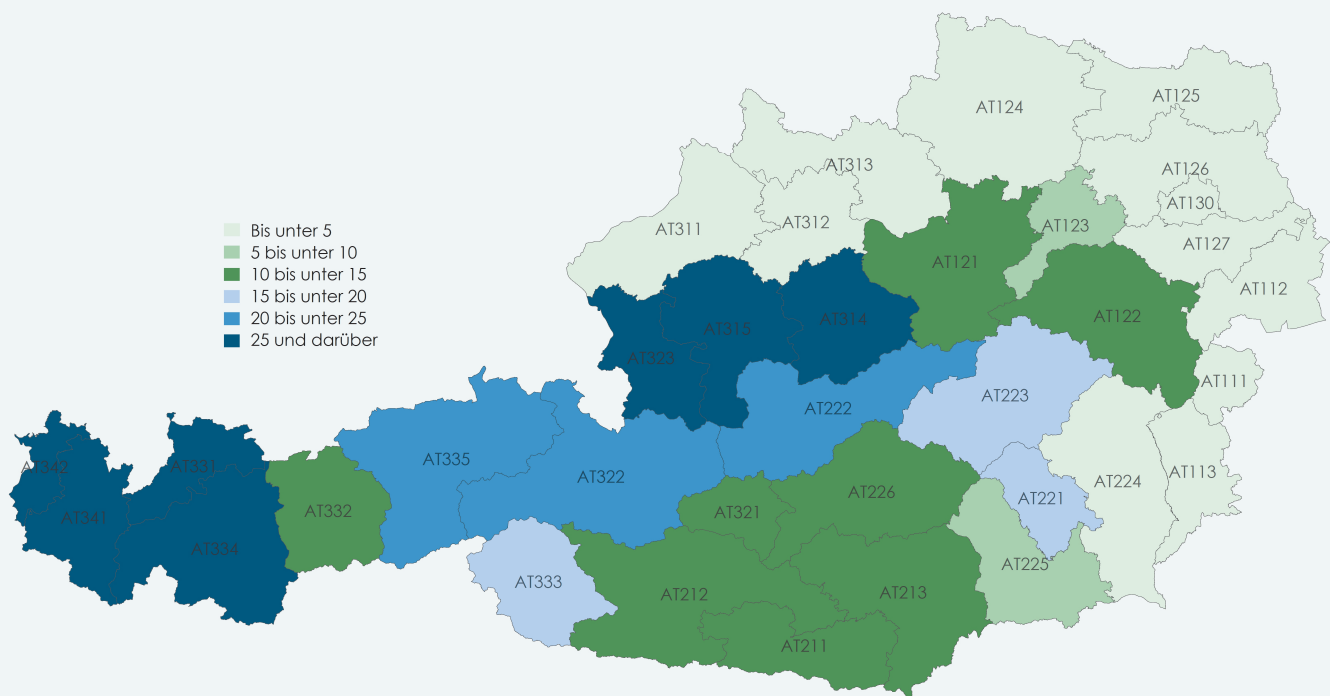
Im Burgenland und Wien gibt es nur wenige Objektschutzwälder. Unterteilt man sie nach der Schutzklasse, so weisen gemessen an der Fläche rund 62% der Objektschutzwälder eine ausreichende, 4% eine verminderte und 19% eine sehr geringe Schutzwirkung auf. Die verbleibenden Anteile entfallen auf unbegehbaren Schutzwald und auf andere Flächen wie Forstwege.

Abbildung 1 zeigt die räumliche Verteilung der Qualität der Objektschutzwälder basierend auf einer Auswertung von insgesamt 31 Indikatoren der "Initiative Schutz durch Wald" (ISDW), die die Schutzwälder hinsichtlich ihrer Schutzwirkung bewerten. Die zugrundeliegende Datenbasis ist die Waldinventur, eine in regelmäßigen Abständen stattfindende Stichprobenerhebung. Da der Zustand der Wälder darin nicht flächendeckend erhoben wird, liegt die Klassifizierung derzeit nicht feiner als auf NUTS-3-Ebene vor. Wie Abbildung 1 zeigt, unterscheidet sich

auch der Zustand der Schutzwälder be-
trächtlich zwischen den Regionen. In Vorarl-
berg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich be-
finden sich große Areale, in denen der Wald
seine Schutzwirkung nicht im angestrebten
Ausmaß erbringen kann. Die Darstellung ver-
deutlicht, dass es wichtig wäre, die Zu-
standserhebung flächendeckend und klein-
teilig durchzuführen, um ein genaues Lage-
bild zu erhalten und jene Gebiete identi-
fizieren zu können, in denen vordringlicher
Handlungsbedarf besteht. Aus dem Ver-
gleich mit früheren Waldinventuren kann die
Veränderung der Schutzwirkung ermittelt
werden. Insgesamt hat sie sich nicht über-
mäßig verschlechtert. Verschlechterungen
der Schutzwaldqualität durch Abholzung,
Überalterung des Baumbestandes, Wildver-
biss oder infolge exogener Ereignisse wie
Schädlingsbefall oder Sturmschäden erhö-
hen die Schadensrisiken für die direkten
Nutznießer:innen der Schutzwirkung.

Abbildung 1: Anteil von Wäldern mit sehr geringer Schutzwirkung an der gesamten Objektschutzwaldfläche nach NUTS-3-Regionen

2018/2023, in %



Q: Berechnungen des Bundesforschungszentrums für Wald (BFW) auf der Grundlage der Österreichischen Waldinventur 2016/2021 (Freudenschuß et al., 2025, Kapitel 3).

3. Bedeutung von Schutzwäldern für die Besiedelung und die Wirtschaft

3.1 Ermittlung der von Wäldern potenziell geschützten Zonen

Das Sendai-Rahmenwerk der Vereinten Nationen zur Katastrophenvorsorge formuliert sieben globale Ziele (United Nations Office for Disaster Risk Reduction – UNISDR, 2015).

Als drittes Ziel angestrebt wird die "Verringerung der durch Katastrophen verursachten wirtschaftlichen Verluste", gemessen am weltweiten Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 2020/2030 im Vergleich zu 2005/2015. Eine Voraussetzung dafür sind laut UNISDR Investitionen in die Katastrophenvorsorge, u. a. in

Von Schutzwäldern potenziell geschützt werden etwa 6,6% der nicht bewaldeten Fläche des österreichischen Bundesgebietes.

Maßnahmen zur Risikominderung, z. B. in Infrastruktur, Frühwarnsysteme und Bildung. Solche Investitionen sollen jedoch gezielt getätigt werden, und zwar dort, wo das Kosten-Nutzen-Verhältnis am besten ist (vgl. Mechler, 2005). Mit Blick auf Objektschutzwälder ist es daher nötig, zunächst jene Räume zu identifizieren, die von ihrer Schutzwirkung besonders profitieren können, um dann festzustellen, durch welche Maßnahmen die Schutzwirkung verbessert werden kann.

In Österreich wurde bereits vor Jahren eine Studie durchgeführt, die sich mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Waldes beschäftigte, die über die Holzproduktion hinausgeht (Getzner et al., 2017). Sie betrachtete die Schutzwirkung von Wäldern, wobei der Fokus vorrangig auf den Flächen der Bundesforste lag. Die wirtschaftliche Dimension wurde anhand von Ersatzkosten bzw. hedonischen Bewertungen quantifiziert. Die hier vorgestellte Arbeit (Freudenschuß et al., 2025) verfolgte ein ähnliches Ziel, der Fokus lag aber auf der Wirtschaftsleistung. Darüber hinaus wurden aktuelle Auswertungen zum gesamten österreichischen Bundesgebiet berücksichtigt.

Um die Bedeutung der Objektschutzwälder für Österreich zu bestimmen, wurden zunächst jene Zonen identifiziert, die im Einflussbereich der Schutzwälder liegen. Auf der Grundlage aufwendiger Modellberechnungen verortete das Institut für Naturgefahren des BFW jene Areale räumlich, die von Lawinen, flachgründigen Rutschungen oder Felsstürzen bedroht sind. Für diese Flächen wurde in einem ersten Szenario eine hohe Schutzwirkung des Waldes angenommen. In einem kontrafaktischen Szenario wurde unterstellt, dass vom Wald keine Schutzwirkung ausgeht, es also keine Objektschutzwälder gibt.

Die räumliche Modellierung der Gefahren Lawinen, Steinschlag und flachgründige Rutschungen lieferte Ergebnisse mit einer Auflösung von 10 m × 10 m. Somit konnte die Fläche, die durch Wälder potenziell geschützt wird, sehr genau quantifiziert werden. In Summe entspricht der potenziell geschützte Raum 6,6% der nicht bewaldeten Fläche Österreichs oder 4,8% des Dauersiedlungsraumes (BFW, 2025), bei großen regionalen Unterschieden. In Tirol beträgt der Anteil des

potenziell geschützten Raumes 12,7% der nicht bewaldeten Fläche und 28,8% des Dauersiedlungsraumes. In einigen Alpentälern wird fast der gesamte Dauersiedlungsraum von Objektschutzwäldern geschützt. In Bundesländern wie Niederösterreich, in denen Gefahren wie z. B. Schneelawinen seltener auftreten, sind die Anteile dagegen deutlich geringer.

3.2 Bedeutung für Besiedelung und Wirtschaft

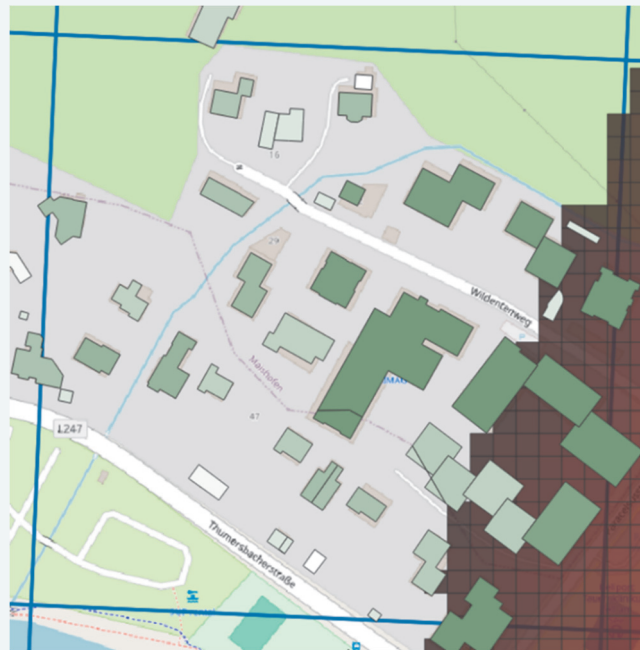
Um die wirtschaftliche Bedeutung der Schutzwälder in Österreich zu ermitteln, wurden die Ergebnisse des BFW zur räumlichen Lage der potenziell geschützten Zonen mit Geographischen Informationssystemen (GIS) weiterverarbeitet. In Abbildung 2 repräsentieren die bräunlich gefärbten Rasterzellen mit der Auflösung 10 m × 10 m den potenziell durch Wälder geschützten Raum. Diese Information wurde überlagert mit Rasterinformationen von Statistik Austria⁴⁾ in der Auflösung von 250 m × 250 m. In diesem Detailgrad sind Statistiken zu Bevölkerung, Gebäudebestand und erwerbstätigen Personen verfügbar.

Um abzuschätzen, wie viele Personen potenziell durch Schutzwälder geschützt sind, kann man zunächst den Prozentanteil der potenziell geschützten Zonen an der Gesamtfläche berechnen und davon ausgehen, dass sich die Bevölkerung bzw. die Erwerbstätigen innerhalb einer 250 m × 250 m großen Rasterzelle gleichmäßig verteilen. Um die Genauigkeit der Schätzung zu verbessern, wurden die Rasterdaten mit den Informationen des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (BEV) zum Gebäudebestand überlagert. Abbildung 2 zeigt in Grün die Umrisse der Gebäude und ihre Ausdehnung. Im nächsten Schritt wurde die Annahme getroffen, dass die Verteilung des Gebäudevolumens in den Rasterzellen ein gutes Maß für die Verteilung der Bewohner:innen bzw. Erwerbstätigen ist, und auf diese Weise die Zahl der Personen je Rasterzelle geschätzt. In weiteren Arbeitsschritten wurden daraus Statistiken für jede Gemeinde in Österreich erstellt. Daraus lassen sich Auswertungen für die Bundesländer und andere regionale Einheiten ableiten (Freudenschuß et al., 2025, Kapitel 2).

In den von Wäldern potenziell geschützten Räumen hatten im Jahr 2021 fast ½ Mio. Personen ihren Hauptwohnsitz und weitere 100.000 einen Nebenwohnsitz

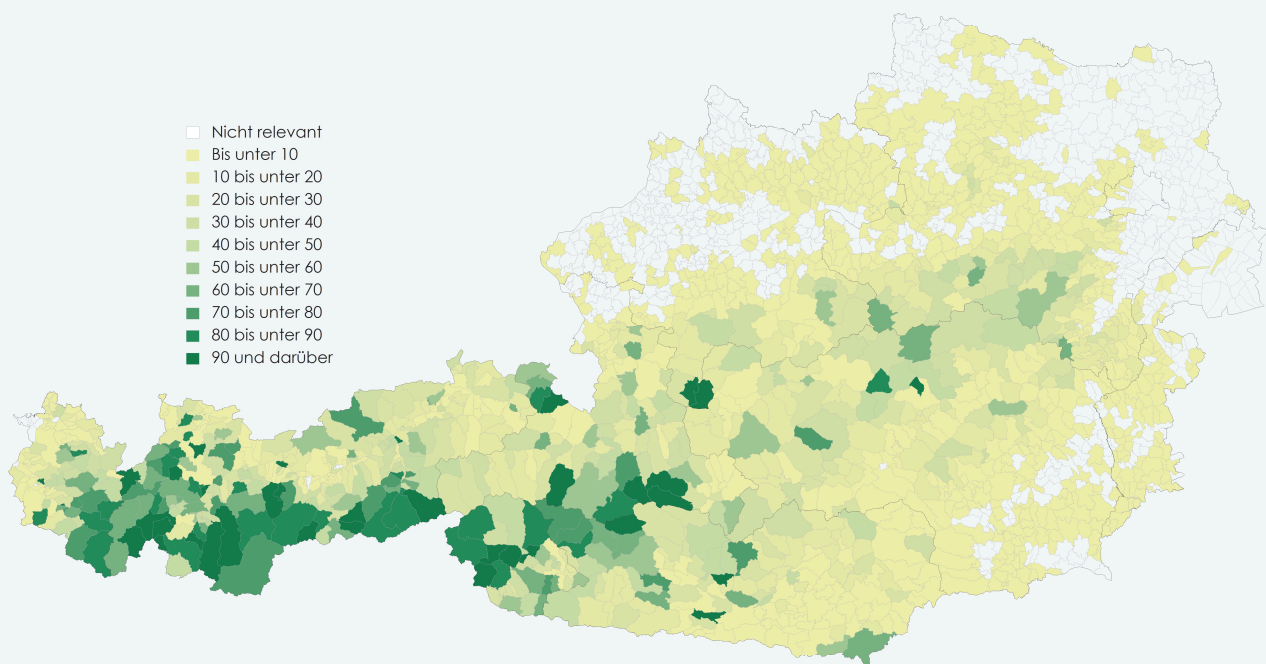
⁴⁾ Siehe <https://www.statistik.at/services/tools/regionale-internationale-daten/regionale-daten-und-gliederungen/regionalstatistisches-datenangebot>.

Abbildung 2: **GIS-Rasterzelle unter Kennzeichnung des potenziell geschützten Raumes laut BFW-Modell**



Q: WIFO-Darstellung auf der Grundlage von Daten der Statistik Austria und des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (BEV) sowie Modellergebnissen des Bundesforschungszentrums für Wald (BFW; Freudenschuß et al., 2025, Kapitel 3). Die blau umramte Rasterzelle hat eine Seitenlänge von 250 m, die kleinen Zellen von 10 m.

Abbildung 3: **Anteil der Personen mit Hauptwohnsitz in Gebieten, die durch intakte Schutzwälder geschützt werden können**
2022, Auswertung auf Gemeindeebene, in %



Q: WIFO-Darstellung auf der Grundlage von Freudenschuß et al. (2025).

Abbildung 3 weist für das Jahr 2022 die Anteile der in den österreichischen Gemeinden ansässigen Personen aus, die in potenziell

durch Schutzwälder geschützten Zonen leben, wobei nur Hauptwohnsitze berücksichtigt wurden. Je dunkler die Farbe, desto

höher ist der Anteil der potenziell geschützten Wohnbevölkerung. Die Darstellung zeigt deutlich die große regionale Heterogenität. Sie liegt an der Topografie und der Waldbedeckung, die ebenfalls höchst unterschiedlich sind. In einzelnen Gemeinden lebte 2022 nahezu die gesamte Bevölkerung in potenziell geschützten Zonen. Fast ½ Mio. Personen hatten in solchen Räumen ihren Hauptwohnsitz und weitere fast 100.000 Personen einen Nebenwohnsitz.

Nicht nur die Bevölkerung in den potenziell geschützten Zonen lässt sich auf die beschriebene Weise abschätzen, sondern auch andere Kennzahlen, wie die Zahl der Erwerbstätigen nach Branchen, die Zahl der

Häuser sowie die Länge des Straßen- und Schienennetzes. Werden vereinfachende Annahmen getroffen, z. B. die Gleichverteilung der Wertschöpfung je Beschäftigten und Branche in den einzelnen Bundesländern, so kann auch die in den potenziell geschützten Zonen generierte Wirtschaftsleistung abgeschätzt werden. Ihre Verteilung entspricht annähernd jener der Bevölkerung. 2021 wurden geschätzt fast 14 Mrd. € an Wertschöpfung in potenziell von Wäldern geschützten Gebieten erzeugt, was etwa 3,4% des BIP entsprach. In den potenziell geschützten Zonen ist die Branchenstruktur anders als in der Volkswirtschaft insgesamt. So sind Erwerbstätige dort überproportional häufig in der Beherbergung tätig.

4. Ansätze zur Verbesserung der Schutzwald-Governance

Intakte Schutzwälder reduzieren sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeit als auch die räumliche Ausbreitung von gravitativen Naturgefahren wie Lawinen, Steinschlägen oder flachgründigen Rutschungen. Angesichts der potenziell enormen Schäden an Siedlungen und Infrastruktur besteht ein ausgeprägtes öffentliches Interesse an einer funktionierenden Schutzwaldpflege. Empirische Befunde zeigen jedoch einen unzureichenden Zustand vieler Objektschutzwälder. In der Periode 2016/2021 wiesen zwar 62,4% der Objektschutzwaldfläche eine ausreichende Schutzwirkung auf, aber immerhin 19,3% eine sehr geringe. Diese Anteile haben sich seit dem Jahr 2000 kaum verändert. Neben standortbedingten und klimatischen Faktoren deuten die Defizite auf Schwächen im institutionellen und ökonomischen Ordnungsrahmen der Schutzwaldbewirtschaftung hin.

Aus ökonomischer Perspektive erzeugen die Erhaltung und Verbesserung der Schutzfunktion von Wäldern positive externe Effekte. Während Waldeigentümer:innen die Kosten einer angepassten Bewirtschaftung tragen, kommt der Nutzen – in Form vermiedener Schäden – überwiegend Dritten zugute. Werden die Kosten nicht kompensiert, bleiben Investitionen in die Schutzwirkung systematisch unter dem gesellschaftlich effizienten Niveau. Dieses Problem wird durch die geringe Rentabilität der alpinen Forstwirtschaft, die häufig durch schwierige Geländebedingungen und fehlende Erschließung gekennzeichnet ist, noch verstärkt (Sekot et al., 2011). Durch einen vollständigen Nutzungsverzicht verschlechtert sich die Schutzwirkung vieler Bestände zusätzlich.

Weitere Herausforderungen ergeben sich aus der subjektiven Risikowahrnehmung sowie aus fehlenden politischen Anreizen, in die Verbesserung der Schutzwirkung zu investieren. Die Einschätzung von Naturgefahren orientiert sich vielfach weniger an der objektiven Informationslage als an persön-

lichen Erfahrungen und der Erinnerung an vergangene Schadensereignisse. Zudem entfalten Vorsorgemaßnahmen ihren Nutzen erst über längere Zeiträume und bleiben im politischen Alltag häufig wenig sichtbar. Empirische Studien zeigen, dass Wähler:innen kurzfristig wirksame Hilfsmaßnahmen nach Schadensereignissen stärker honorieren als Investitionen in Prävention (Healy & Malhotra, 2009; Gasper & Reeves, 2011). Dies begünstigt die Errichtung gut sichtbarer technischer Schutzbauten gegenüber einer laufenden, aber weniger leicht wahrnehmbaren Pflege der Schutzwälder – selbst dann, wenn letztere aus volkswirtschaftlicher Sicht kostengünstiger wäre.

Die Schutzwirkung von Wäldern weist eine ausgeprägte räumliche Differenzierung auf. Der direkte Nutzen besteht in der Minderung des Schadensrisikos durch gravitative Ereignisse und kommt einer vergleichsweise kleinen, klar identifizierbaren Gruppe von Untertägern zugute. Diese sind aufgrund ihrer räumlichen Nähe potenziell mit hohen Schäden konfrontiert, auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit einzelner Ereignisse gering ist. Entsprechend hoch ist das individuelle Interesse an einer funktionierenden Schutzwaldpflege. Verbesserungen der Schutzwirkung sollten sich langfristig auch in höheren Immobilienwerten im geschützten Raum spiegeln, was auf eine Kapitalisierung der Risikoreduktion hindeutet (Sinabell et al., 2016).

Der darüber hinausgehende indirekte Nutzen reicht räumlich weiter und ist schwerer quantifizierbar. Der Schutz vor gravitativen Ereignissen gewährleistet die Befahrbarkeit von Straßen oder Bahnlinien und vermeidet somit Unterbrechungen wichtiger Verkehrsverbindungen. Damit werden wirtschaftliche und soziale Aktivitäten auch über den direkt geschützten Raum hinaus abgesichert. Ein intakter Schutzwald erhöht die ökonomische Attraktivität der gesamten umliegenden Region, einerseits durch seine ästhetische und

Ein intakter Schutzwald ist ein lokales öffentliches Gut mit differenzierter räumlicher Nutzenstruktur.

ökologische Bedeutung, andererseits aber auch als mittelbare Konsequenz der Wahrnehmung von Sicherheit vor Naturkatastrophen. Davon profitieren Industrie-, Handels- oder Tourismusbetriebe und Zulieferer auch im nicht direkt geschützten Raum. Die indirekten Effekte betreffen somit eine große, heterogene Gruppe von Akteuren, deren individueller Nutzen vergleichsweise gering und diffus ist. Damit ist die Region, die aus dem Schutzwald einen indirekten wirtschaftlichen Nutzen zieht, größer als der direkt, potenziell oder tatsächlich vor gravitativen Ereignissen geschützte Raum. Die indirekten Effekte sind jedoch weniger gut quantifizierbar, und es ist vor allem schwer identifizierbar, wer in welchem Umfang von einer verbesserten direkten Schutzwirkung profitiert.

In finanzwissenschaftlicher Terminologie weist die Schutzwaldbewirtschaftung damit zentrale Merkmale eines öffentlichen Gutes auf (Samuelson, 1954; Head, 1977): fehlende Ausschließbarkeit der Nutznießer:innen und Nicht-Rivalität im Konsum. Während bei den direkten Nutznießer:innen aufgrund des hohen individuellen Risikos zumindest prinzipiell Anreize zur freiwilligen Mitfinanzierung bestehen können, dominiert bei den indirekt Begünstigten ein ausgeprägtes Trittbrettfahrerverhalten.

Die Theorie des Fiskalföderalismus legt nahe, Entscheidungs-, Finanzierungs- und Nutzenkreise möglichst zur Deckung zu bringen ("fiskalische Äquivalenz"; Olson, 1969; Oates, 1972). Institutionelle Kongruenz als Organisationsprinzip basiert auf der Idee, dass räumliche externe Effekte durch die adäquate Zuordnung von Entscheidungskompetenzen internalisiert werden können. Die unterschiedliche Reichweite des direkten und des indirekten Nutzens von Schutzwäldern ist insofern eine wesentliche Herausforderung und das Prinzip institutioneller Kongruenz im Kontext des Schutzwaldes schwer umzusetzen. Institutionelle Inkongruenz kann dabei in zwei Richtungen auftreten (Olson, 1986). Einerseits führt ein räumlich übergreifender Nutzen zu Externalitäten, wenn nicht alle Begünstigten an Entscheidungs- und Finanzierungsprozessen beteiligt sind. Andererseits treten Internalitäten auf, wenn der Kreis der Finanzierenden und Entscheidungsträger:innen größer ist als jener der tatsächlichen Nutznießer:innen (Ellingsen, 1998).

Internalitäten sind im Schutzwaldkontext nicht nur auf übergeordnete Gebietskörperschaften beschränkt, sondern auch dann relevant, wenn die Verantwortung bei den Gemeinden als der problemnächsten Verwaltungsebene liegt. Beschränkt sich die direkte Objektschutzwirkung eines Schutzwaldes auf einen kleinen Teil der Einwohner:innen oder Unternehmen einer Gemeinde, sehen sich Gemeindemitglieder außerhalb der

unmittelbaren Gefahrenzonen häufig nicht in einer Finanzierungsmitverantwortung. Die Folge ist politischer Widerstand gegen entsprechende Ausgaben, selbst wenn diese aus gesamtwirtschaftlicher Sicht effizient wären. Auch auf lokaler Ebene kann es daher zu systematischen Unterinvestitionen in die Schutzwaldpflege kommen.

Vor diesem Hintergrund spricht vieles für eine institutionell und fiskalisch geteilte Governance-Struktur. Direkte Nutznießer:innen sollten entsprechend ihrem hohen individuellen Nutzen stärker an der Finanzierung beteiligt werden, etwa im Sinne von nutzerfinanzierten Zahlungen für Ökosystemleistungen ("payment for ecosystem services"; Wunder, 2015; Alix-Garcia & Wolff, 2014). Die Finanzierung indirekter Nutzenkomponenten erfordert hingegen eine Bezuschussung aus allgemeinen Steuermitteln, da nur so das strukturelle Trittbrettfahrerverhalten überwunden werden kann.

Die Eigentümerstruktur der Schutzwälder beeinflusst maßgeblich die ökonomischen Anreize zur Bereitstellung der Schutzfunktion (Glück, 2002; Bouriaud & Schmidthusen, 2005; Irimie & Essmann, 2009). In Österreich befindet sich rund ein Drittel der Schutzwaldfläche im Eigentum privater Kleinwaldeigentümer:innen, weitere etwa 32% entfallen auf mittel- und großflächige private Forstbetriebe. Knapp ein Viertel der Schutzwaldfläche wird von den Österreichischen Bundesforsten bewirtschaftet, während Länder und Gemeinden zusammen nur einen geringen Anteil halten. Private Eigentümer:innen mit kommerziellen Interessen orientieren sich rational an kurzfristigen Erträgen aus dem Holzeinschlag. Öffentliche Waldeigentümer:innen gelten zwar theoretisch als stärker auf Nachhaltigkeit und öffentliche Güter ausgerichtet, laut Berichten des Rechnungshofes priorisieren jedoch auch öffentliche Forstbetriebe häufig kommerzielle Zielsetzungen (Rechnungshof Österreich, 2017, 2021; Arcenaux & Stein, 2006; Gamper, 2008; Cohen & Werker, 2008; Neumayer et al., 2014).

Alternative institutionelle Arrangements können dennoch zur Internalisierung der Schutzwirkung beitragen. Kooperative Modelle, bei denen direkte Nutznießer:innen kollektiv Zahlungen an Waldeigentümer:innen leisten, knüpfen an Coase (1960) an und können bei niedrigen Transaktionskosten effizient sein (Weiss & Meier-Glaser, 2012; Walker & Abt, 2020). Ihre Umsetzbarkeit ist jedoch durch Mess- und Kontrollprobleme begrenzt (Weiss, 2000). Regulatorische Instrumente wie Bannwaldregelungen (§§ 27ff ForstG) können solche Lösungen unterstützen, indem sie Ansprüche der Unterlieger institutionell absichern und Kompensationsmechanismen vorsehen.

Fiskalische Äquivalenz und institutionelle Inkongruenz sprechen für differenzierte Ansätze der Schutzwald-Bewirtschaftung.

Insgesamt spricht die ökonomische Analyse gegen einfache, einheitliche Governance-Lösungen. Eine nachhaltige Sicherung der Schutzwirkung erfordert vielmehr ein mehrstufiges System, das direkte und indirekte

Nutzendimensionen differenziert berücksichtigt, private Anreize korrigiert und verhaltensökonomische Verzerrungen politischer Entscheidungen einbezieht.

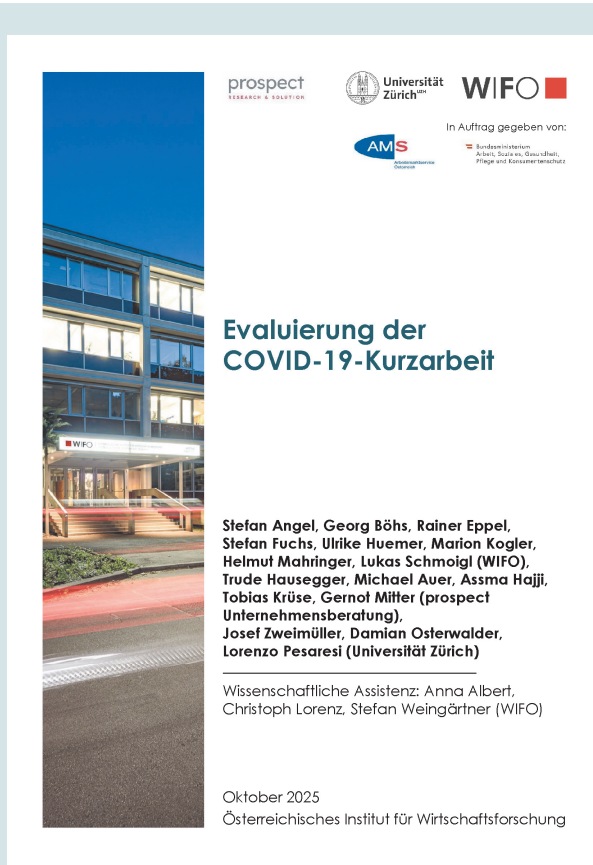
5. Literaturhinweise

- Alix-Garcia, J., & Wolff, H. (2014). Payment for Ecosystem Services from Forests. *Annual Review of Resource Economics*, 6(1), 361-380. <https://doi.org/10.1146/annurev-resource-100913-012524>.
- Arceñeaux, K., & Stein, R. M. (2006). Who Is Held Responsible When Disaster Strikes? The Attribution of Responsibility for a Natural Disaster in an Urban Election. *Journal of Urban Affairs*, 28(1), 43-53. <https://doi.org/10.1111/j.0735-2166.2006.00258.x>.
- Bundesforschungszentrum für Wald – BFW (2025). 14 Milliarden Euro der österreichischen Wirtschaftsleistung hängen von der Schutzfunktion der Wälder ab. *BFW Policy Brief*, (2/2025). <https://www.schutzwald.at/service/news/projekte/2025/projekt-oekoschuwa-volkswirtschaftlicher-wert-objektschutzwald.html>.
- Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus – BMLRT (2019). *Wald schützt uns! Aktionsprogramm Schutzwald: Neue Herausforderungen – starke Antworten*. <https://www.schutzwald.at/aktionenprogramm.html>.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft – BMLRW (2025). *Aktionsprogramm "Schutzwald" – Evaluation, Fazit und Handlungsempfehlungen*. <https://www.schutzwald.at/aktionenprogramm.html>.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft – BMLUK (ohne Jahr). *Leitsätze der österreichischen Schutzwaldpolitik*. https://www.schutzwald.at/aktionenprogramm/leitlinien_schutzwaldpolitik.html.
- Bouriaud, L., & Schmithüsen, F. (2005). Allocation of Property Rights on Forests through Ownership Reform and Forest Policies in Central and Eastern European Countries. *Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen*, 156(8), 297-305. <https://doi.org/10.3188/szf.2005.0297>.
- Coase, R. H. (1960). The Problem of Social Cost. *The Journal of Law and Economics*, 3, 1-44. <https://doi.org/10.1086/674872>.
- Cohen, C., & Werker, E. D. (2008). The Political Economy of "Natural" Disasters. *Journal of Conflict Resolution*, 52(6), 795-819. <https://doi.org/10.1177/0022002708322157>.
- Ellingsen, T. (1998). Externalities vs internalities: A model of political integration. *Journal of Public Economics*, 68(2), 251-268. [https://doi.org/10.1016/S0047-2727\(97\)00090-X](https://doi.org/10.1016/S0047-2727(97)00090-X).
- Freudenschuß, A., Sinabell, F., Wiesinger, G., Perzl, F., Huber, A., Rössel, M., Fromm, R., Teich, M., Gschwantner, T., Schadauer, K., Bauerhansl, C., Karel, S., Kopecky, K., Windisch-Effenauer, K., Gabelberger, F., Reschenhofer, P., Streicher, G., Unterlass, F., Pitlik, H., Egarter, S., Grüneis, H., Oedl-Wieser, T., & Tammé, O. (2025.) *Die Bedeutung der Schutzwälder in Österreich und ihre regional- und volkswirtschaftliche Relevanz. Endbericht des Forschungsprojekt Nr. 101747*. Bundesforschungszentrum für Wald. <https://dafne.at/projekte/wf-projekt-okoschu-wa>.
- Gamper, C. D. (2008). The political economy of public participation in natural hazard decisions – a theoretical review and an exemplary case of the decision framework of Austrian hazard zone mapping. *Natural Hazards and Earth System Sciences*, 8(2), 233-241. <https://doi.org/10.5194/nhess-8-233-2008>.
- Gasper, J. T., & Reeves, A. (2011). Make It Rain? Retrospection and the Attentive Electorate in the Context of Natural Disasters: MAKE IT RAIN. *American Journal of Political Science*, 55(2), 340-355. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2010.00503.x>.
- Getzner, M., Gutheil-Knopp-Kirchwald, G., Kreimer, E., Kirchmeir, H., & Huber, M. (2017). Gravitational natural hazards: Valuing the protective function of Alpine forests. *Forest Policy and Economics*, 80, 150-159. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2017.03.015>.
- Glück, P. (2002). Property rights and multipurpose mountain forest management. *Forest Policy and Economics*, 4(2), 125-134. [https://doi.org/10.1016/S1389-9341\(02\)00012-6](https://doi.org/10.1016/S1389-9341(02)00012-6).
- Head, J. G. (1977). Public Goods: The Polar Case Reconsidered. *Economic Record*, 53(2), 227-238. <https://doi.org/10.1111/j.1475-4932.1977.tb01611.x>.
- Healy, A., & Malhotra, N. (2009). Myopic Voters and Natural Disaster Policy. *American Political Science Review*, 103(3), 387-406. <https://doi.org/10.1017/S0003055409990104>.
- Irimie, D. L., & Essmann, H. F. (2009). Forest property rights in the frame of public policies and societal change. *Forest Policy and Economics*, 11(2), 95-101. <https://doi.org/10.1016/j.forpol.2008.10.001>.
- Mechler, R. (2005). *Cost-benefit analysis of natural disaster risk management in developing countries*. Institute for Environmental Studies (IVM), Vrije Universiteit Amsterdam.
- Neumayer, E., Plümper, T., & Barthel, F. (2014). The political economy of natural disaster damage. *Global Environmental Change*, 24, 8-19. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2013.03.011>.
- Oates, W. E. (1972). *Fiscal federalism*. New York. 1.
- Olson, M. (1969). The Principle of "Fiscal Equivalence". The Division of Responsibilities among Different Levels of Government. *The American Economic Review*, 59(2), 479-487.

- Olson, M. (1986). Toward a more general theory of governmental structure. *The American Economic Review*, 76(2), 120-125.
- Rechnungshof Österreich (2017). *Bericht des Rechnungshofes. Schutzwaldbewirtschaftung bei der Österreichischen Bundesforste AG*.
- Rechnungshof Österreich (2021). *Schutzwaldbewirtschaftung bei der Österreichischen Bundesforste AG; Follow-up-Überprüfung*. Bericht des Rechnungshofes.
- Samuelson, P. A. (1954). The pure theory of public expenditure. *The Review of Economics and Statistics*, 36(4), 387-389.
- Sekot, W., Fillbrandt, T., & Zesiger, A. (2011). Improving the International Compatibility of Accountancy Data: The "DACH-Initiative". *Small-Scale Forestry*, 10(2), 255-269. <https://doi.org/10.1007/s11842-010-9134-y>.
- Sinabell, F., Pennerstorfer, D., & Lackner, S. (2016). *Eine volkswirtschaftliche Analyse der Wildbach- und Lawinverbauung in Österreich. Die Bereitstellung von Schutzgütern bisher und der künftige Bedarf*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4116230>.
- United Nations Office for Disaster Risk Reduction – UNISDR (2015). *Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030*.
- Walker, D., & Abt, T. (2020). Förderaler Vollzug der Schweizer Waldpolitik – ein Erfolgsmodell? *Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen*, 171(1), 19-27. <https://doi.org/10.3188/szf.2020.0019>.
- Weiss, G. (2000). Evaluation of policy instruments for protective forest management in Austria. *Forest Policy and Economics*, 1(3-4), 243-255.
- Weiss, G., & Meier-Glaser, A. L. (2012). Coase und der Schutz vor Naturgefahren durch den Wald – eine institutionenökonomische Analyse. *Schweizerische Zeitschrift Für Forstwesen*, 163(1), 17-28. <https://doi.org/10.3188/szf.2012.0017>.
- Wunder, S. (2015). Revisiting the concept of payments for environmental services. *Ecological Economics*, 117, 234-243. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2014.08.016>.

Evaluierung der COVID-19-Kurzarbeit

Stefan Angel, Georg Böhs, Rainer Eppel, Stefan Fuchs, Ulrike Huemer, Marion Kogler, Helmut Mahringer, Lukas Schmoigl (WIFO), Trude Hausegger, Michael Auer, Assma Hajji, Tobias Krüse, Gernot Mitter (prospect Unternehmensberatung), Josef Zweimüller, Damian Osterwalder, Lorenzo Pesaresi (Universität Zürich)



Die Studie untersucht quantitativ und qualitativ die Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit von März 2020 bis Juni 2022 sowie deren arbeitsmarktpolitische, betriebliche und gesamtwirtschaftliche Wirkungen. Die Ergebnisse zeigen, dass Kurzarbeit wesentlich zur Stabilisierung der Beschäftigung beigetragen hat, wiewohl ein Drittel der geförderten Arbeitsplätze auch ohne Kurzarbeit weiterbestanden hätte (Mitnahmeeffekt). Auf individueller Ebene blieben Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis während der COVID-19-Pandemie durch Kurzarbeit aufrechterhalten wurde, auch danach besser im Erwerbsleben integriert als vergleichbare Beschäftigte, die pandemiebedingt arbeitslos wurden. Der qualitative Teil beleuchtet Umsetzungserfahrungen und entwickelt Reformoptionen sowie Strategien für zukünftige Einsätze, mit Augenmerk auf der Entwicklung einer "Blaupause" für mögliche Phasen massenhafter Kurzarbeitsinanspruchnahme.

Im Auftrag von Arbeitsmarktservice Österreich, Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz • Oktober 2025 • 291 Seiten • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/49889101>

3/2025 Rezession in Österreich hält an • Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs • Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen • Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft. Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

4/2025 Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026 • Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029 • Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 • Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024 • Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze

5/2025 Konjunktur in Österreich weiter schwach • Konjunktureinschätzungen blieben im Frühjahr verhalten. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2025 • Hartnäckige Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt • Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2024

6/2025 Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit • Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024 • Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029 • Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

7/2025 Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025 • Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025 • Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich

8/2025 Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten • Stabilisierung der Konjunktureinschätzungen zu Sommerbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2025 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig • Drei Jahrzehnte Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ländervergleich. Eine Fallstudie zu Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz

9/2025 Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt • Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig • Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025. Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

10/2025 Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026 • Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030 • Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen • Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich

11/2025 Konjunktur in Österreich verläuft flach • Konjunktureinschätzungen kaum verändert. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2025 • Digitalisierung in Österreich: Die Rolle der künstlichen Intelligenz am Arbeitsplatz • Oliver Fritz, Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an • Unsicherheitsabhängige Konfidenzintervalle für WIFO-Konjunkturprognosen

12/2025 Anzeichen einer Stabilisierung der Industriekonjunktur • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor • Die WIFO-Schnellschätzung: Revisionsanalyse und Kurzbeschreibung der Methode • Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten. Neue Evidenz aus einer dynamischen Mikrosimulation

Präsident**Dr. Harald Mahrer****Vizepräsidentin****Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer**Vorstand****Mag. Jochen Danninger (kooptiert)**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie**Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher (kooptiert)**, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank**Anton Matile**, Landeshauptmann von Tirol**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Koubal, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagel-

Direktorium**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidmuc, Marian Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Elisabeth Hofbauer, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Szymejski Licsagin, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Simon Rütten, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkurök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich**Barbara Novak, MA (kooptiert)**, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien**Mag. Tobias Schweitzer (kooptiert)**, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell****Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

versicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaserna, Peter Egger, Jarko Fidmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Birgit Niessner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Ziemüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Christopher Arndt, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klotz, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Lüftner, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Merinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

